

DIE DEUTSCHE BAUWIRTSCHAFT: FUNDAMENT FÜR UNSERE ZUKUNFT.

Geschäftsbericht 2014



ZENTRALVERBAND
DEUTSCHES
BAUWERBE **ZDB**

Herausgeber:
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V.

Verantwortlich:
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Ilona K. Klein

Kronenstraße 55-58
10117 Berlin
Telefon 030 20314-0
Telefax 030 20314-419
www.zdb.de
bau@zdb.de

Gestaltung:
IW Medien GmbH, Köln · Berlin

Druck:
tanmedia, Köln

Bildnachweis:
ABZ Rostrup: 36
ARGE RFID im Bau: 49
DPA Picture Alliance: 32, 41, 44
Fotolia: 24, 40, 48
Getty Images: 1
Shutterstock: 15, 16, 29, 37
Siegfried Schlüssler Feuerungsbau GmbH: 64
Stutz GmbH Tief- und Straßenbau: 21
Günter Teich & Sohn GmbH: 50
ZDB: 8, 62, 63
ZDB/Heckmann: 60, 61
ZDB/Küttner: 12, 18, 21, 25, 26, 30, 38, 42, 46, 54, 55, 56, 57
ZDB/Zensen: 4, 45, 47, 52, 53, 54, 55, 58, 59, 61

April 2015

Geschäftsbericht 2014



ZENTRALVERBAND
DEUTSCHES
BAUWERBE **ZDB**

Inhalt

VORWORT	4
KONJUNKTUR	
Fundament der Volkswirtschaft	6
WOHNUNGSBAU	
Demografischer Wandel und Klimaschutz	14
INFRASTRUKTUR	
Infrastrukturfinanzierung	20
DUALE AUSBILDUNG	
Qualität kommt von Qualifikation	24
BAUEN UND UMWELT	
Bauen und Umwelt	28
ARBEITSMARKT	
Fair Play am Arbeitsmarkt	32
NORMUNG	
Baunormung	36
VERGABERECHT	
Vergaberecht	40
BERICHTE AUS DEN ABTEILUNGEN	
Recht und Steuern	44
Europapolitik	45
Berufsbildung	46
Sozial- und Tarifpolitik	47
Betriebswirtschaft	48
DAS JAHR IN BILDERN	
Deutscher Baugewerbetag und Obermeistertag	52
Das Nationalteam im Bauministerium und bei den EuroSkills	54
Deutsche Meisterschaft in den Bauberufen	56
Gesprächskreis Mittelstand	58
FIEC-Kongress	60
Begegnung mit der Politik	62
DATEN UND FAKTEN	
Vorstand	66
Hauptgeschäftsstelle	68
Mitgliedsverbände	70
Ehrenring	74
Publikationen	76



Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes

Meine Damen und Herren,

„Die deutsche Bauwirtschaft: Fundament für unsere Zukunft.“ – Unter dieser Headline steht unser Geschäftsbericht 2014. Es ist in der Tat so: Die deutsche Bauwirtschaft baut das Fundament für ein gedeihliches Wachstum unserer gesamten Volkswirtschaft. Das Baugewerbe hat auch im vergangenen Jahr einen soliden Beitrag zur positiven Konjunkturerwicklung in Deutschland geleistet. Die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes lag nach ersten Angaben des Statistischen Bundesamtes mit einem Plus von 2,7 Prozent deutlich über dem Durchschnittswert der Volkswirtschaft von 1,4 Prozent. Darauf können wir stolz sein.

Trotz positiver Umsatzentwicklung in 2014 ist nicht alles Gold, was glänzt. Zwar sind die Umsätze in Summe gestiegen; dieses hatte aber keine adäquate Entwicklung der Erträge zur Folge. Denn die Baupreisentwicklung hat im Jahresdurchschnitt über alle Gewerke an Dynamik verloren. Insbesondere die Rohbauarbeiten leiden unter dieser Preisentwicklung. Der überschaubaren Baupreisentwicklung ist die Baukostenentwicklung entgegenzurechnen, die zum Beispiel bei Wohngebäuden ebenfalls bei knapp 2 Prozent gelegen hat.

Die politische Diskussion im vergangenen Jahr war aus unserer Sicht von zwei wichtigen Themen geprägt, nämlich der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und der Diskussion über die Finanzierung unserer Infrastruktur.

Wähten wir uns, was den gesetzlichen Mindestlohn angeht, zunächst in Sicherheit – schließlich haben wir seit 1997 allgemeinverbindliche Mindestlöhne für unsere gewerblichen Mitarbeiter – so traf uns die Diskussion im letzten Quartal 2014 mit voller Wucht: Denn das sozialdemokratisch geführte Arbeitsministerium offenbarte ein tiefes Misstrauen gegenüber der Wirtschaft und wollte eine Aufzeichnungspflicht der täglichen Arbeitszeit von Angestellten und Polieren bis zu einer Lohngrenze von monatlich 4.500 Euro in einer „Mindestlohdokumentationspflichten-Verordnung“ durchsetzen. Das klappte zwar aufgrund des erheblichen Drucks seitens der Arbeitgeberverbände nicht. Die schlussendlich verabschiedete Lohngrenze von knapp 3.000 Euro geht aber immer noch weit an der Realität vorbei und belastet die Unternehmen wie auch die Beschäftigten durch weitere Bürokratie.

Die Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und kriminellen Machenschaften auf deutschen Baustellen gerät darüber in den Hintergrund, weil der Zoll die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns und der Aufzeichnungspflichten verstärkt kontrollieren soll – und die Ressourcen für die wirklich wichtigen Kontrollen auf den Baustellen nicht ausreichen. Die Lücke zwischen der Gesetzeslage und dem Gesetzesvollzug wird also größer und nicht kleiner werden. Auch hier bleiben wir weiter am Ball.

Die Diskussion über die Finanzierung unserer Infrastruktur dauert noch an. Mittlerweile wird in zwei hochrangig besetzten Regierungskommissionen, der Reformkommission Großprojekte im Verkehrsministerium und der sogenannten Fratzscher-Kommission im Wirtschaftsministerium, über Sinn und Unsinn von ÖPP-Projekten diskutiert. Unstrittig dabei ist: Die öffentliche Infrastruktur, allen voran die Verkehrswege brauchen dringend höhere Investitionen, um den Verfall zu stoppen, den Investitionsstau abzubauen und die Infrastruktur zukunftsfähig aufzubauen. Nicht erst seit zwei Rheinbrücken bei Köln und bei Mainz gesperrt wurden, ist der immense Investitionsbedarf in den Blickpunkt gerückt. Für uns unverständlich ist jedoch, warum es angesichts eines Haushaltsvolumens von mehr als 300 Milliarden Euro pro Jahr und angesichts ständig steigender Steuereinnahmen nicht möglich sein soll, nachhaltig und dauerhaft vier bis fünf Milliarden Euro jährlich zusätzlich für die Infrastruktur bereitzustellen.

Da der Schwerpunkt der Politik aber auf sozialen und konsumtiven Ausgaben liegt, schaut sie verstärkt auf die Milliarden, für die die deutschen Banken und Versicherungen händeringend rentable Anlagemöglichkeiten suchen. Wie das Geld der

deutschen Versicherer auf die Straße (und in die weitere Infrastruktur) kommt, darüber diskutiert die Fratzscher-Kommission. Uns ging es dabei vor allem darum, deutlich zu machen, dass große ÖPP-Projekte mittelstandsfeindlich sind, weil nur eine Handvoll internationaler Konzerne in der Lage sind, diese umzusetzen. Auch der Bundesverkehrsminister hat Interesse an den Versicherungs-Milliarden und hat schon die dritte Staffel von A-Modellen in Aussicht gestellt. Der Umfang der einzelnen Projekte steigt und liegt mittlerweile bei rund einer Milliarde Euro. Das kann nicht im Interesse unserer Firmen sein. Die sauberste Lösung zur Finanzierung der deutschen Verkehrsinfrastruktur bleibt für uns immer noch eine Finanzierung durch Haushaltsmittel, schließlich zahlen die Verkehrsteilnehmer rund 50 Milliarden Euro jährlich für die Nutzung der Verkehrswege.

Da wir aber auch wissen, dass es zu einer wie auch immer gestalteten Finanzierung durch private Mittel kommen wird, tragen wir unsere Vorschläge in die Politik. Wir können uns die Schaffung einer Infrastrukturfinanzierungsgesellschaft vorstellen, die die finanziellen Mittel für Ausbau und Erhaltung unserer Infrastruktur einsammelt und bereitstellt. Zusätzlich sollte es mehrere Betreibergesellschaften geben, die für die bauliche Umsetzung zuständig wären. Nur so kann sichergestellt werden, dass die daraus resultierenden Bauaufträge vorrangig konventionell vergeben werden können. Sah es zunächst danach aus, als liefe alles auf ÖPP hinaus, so formieren sich mittlerweile diejenigen Institutionen, die wie wir anderer Auffassung sind.

Darüber hinaus haben wir uns im vergangenen Jahr noch mit vielen anderen Themen befasst, darunter selbstverständlich dem Wohnungsbau, der ja erneut Treiber der Baukonjunktur war. Aufgrund des politischen Hin und Her ist der Sanierungsbereich abgefallen, denn viele private Immobilienbesitzer warten auf eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Das fordern wir seit Jahren. Der erste Anlauf der Großen Koalition ist – einmal mehr – am Widerstand eines Bundeslandes gescheitert. Ein neuer soll folgen. Für langfristige Investitionen ist ein solches „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ verheerend. Momentan bleibt nur, unsere guten Argumente gemeinsam mit anderen zum Beispiel im Rahmen der Kampagne „Impulse für den Wohnungsbau“ vorzubringen.

Gute Nachrichten gibt es von einer anderen Baustelle, die uns lange Zeit beschäftigt hat: Das Gesetz zur Bekämpfung von Zahlungsverzug ist vergangenes Jahr endlich in Kraft getreten – und es ist vor allem

so in Kraft getreten, wie wir es in unseren zentralen Forderungen vorgeschlagen hatten. Das bedeutet: Aufatmen für die Betriebe.

Einmal mehr haben wir bei unserer jährlichen Deutschen Meisterschaft und bei der EuroSkills 2014 gezeigt, wie gut unsere duale Ausbildung in der Bauwirtschaft ist. Wie bereits in den Vorjahren erzielten die rund 60 Teilnehmer und Teilnehmerinnen bei der Deutschen Meisterschaft hohe Punktzahlen, die Sinnbild für das hohe Niveau der Ausbildung sind. Mit vier Medaillen aus vier Wettbewerben hat unser Nationalteam die Erwartungen mehr als erfüllt. Das Deutsche Baugewerbe kann stolz auf die jungen Leute sein, die hervorragende Botschafter unseres Baugewerbes sind. Aber der Weg ist nicht zu Ende: die WorldSkills in São Paulo steht quasi vor der Tür. Daher begann das Baujahr 2015 mit einem Trainingscamp und der Vorbereitung auf Brasilien auf der BAU 2015 in München. Der Besuch von Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt sowie der drei Staatssekretäre Florian Pronold, Gunther Adler und Rainer Bomba an unserem Stand macht deutlich, wie groß das Interesse der Politik nicht nur an diesem Teil unserer Arbeit ist.

Um unsere politischen Ziele im Interesse unserer Betriebe wirkungsvoller durchzusetzen, haben wir die Zusammenarbeit mit dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie verstärkt und – wo immer möglich – unsere Interessen gemeinsam vertreten. Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen die von Inhabern geführten, mittelständischen Bauunternehmen. Diese sind für ihre Unternehmen persönlich verantwortlich und stehen für Erfolg und Misserfolg gerade. Sie tragen die Verantwortung für ihre und unsere Zukunft. Sie sind Garant für hundertausend Arbeits- und Ausbildungsplätze und damit auch für den Wohlstand in Deutschland. Mit diesem Geschäftsbericht stellen wir Ihnen die wichtigsten Themen unserer Arbeit in diesem Jahr vor und berichten gleichzeitig über die Ergebnisse 2014.

Lesen Sie selbst!

Ihr

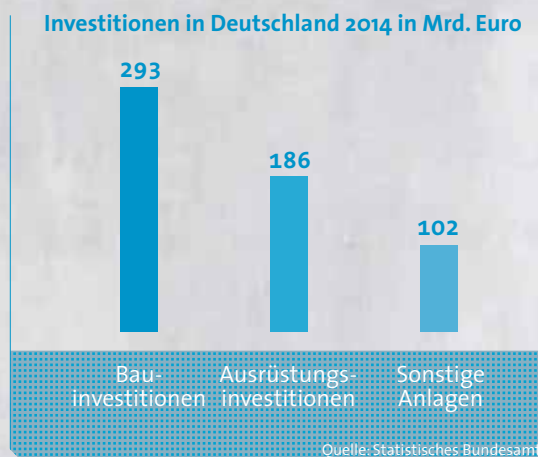


FUNDAMENT DER VOLKSWIRTSCHAFT

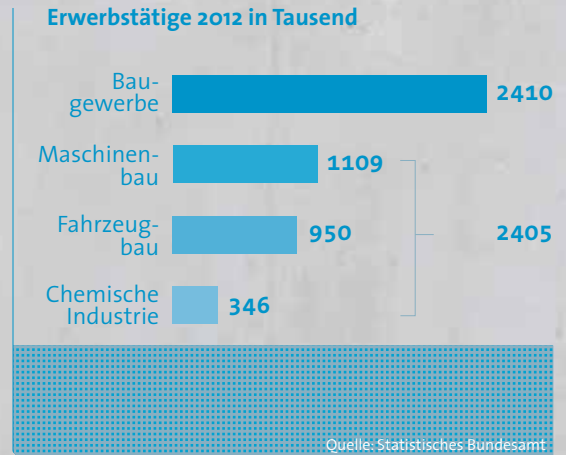
DIE DEUTSCHE BAUWIRTSCHAFT SETZTE IN 2014 ÜBER 290 MILLIARDEN EURO AN INVESTITIONEN FÜR DIE DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT UM. DAMIT ERBRINGT SIE GUT DIE HÄLFTE ALLER INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND – SIE IST EINE SCHLÜSSELBRANCHE IN UNSEREM LAND.

Der Stellenwert der Bauwirtschaft resultiert nicht allein aus ihrer Größe, sondern auch aus der Tatsache, dass sie Investitionsgüter herstellt und diese Produktion im Inland ansiedelt, was von großer Bedeutung für die Erwerbstätigkeit in Deutschland ist: Die Bauwirtschaft sichert Arbeitsplätze vor Ort.

Im Baugewerbe sind in Deutschland mehr als 2,4 Millionen Erwerbstätige beschäftigt. Man muss schon die Zahl der Erwerbstätigen im Maschinenbau, in Fahrzeugbau und der chemischen Industrie zusammennehmen, um etwa diesen Wert zu erreichen. Die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe macht ca. 4 Prozent vom Gesamtaufkommen der deutschen Volkswirtschaft aus.



Ohne Wohnungsbau kann das Grundbedürfnis „Wohnen“ nicht erfüllt werden; ohne Straßen und Schienenwege gibt es keine Mobilität für Bürger und keinen Transport von Gütern in der Volkswirtschaft. Im internationalen Vergleich hat Deutschland ohne Zweifel ein quantitativ hohes Niveau an



Wohnraumversorgung aufzuweisen und verfügt über eine hohe Netzdichte an Verkehrsträgern.

Die deutsche Volkswirtschaft steht aber vor Herausforderungen, die eine Alterung der Gesellschaft, der Klimawandel und die Globalisierung der Wirtschaft mit sich bringen. Die Wohnraumversorgung in Deutschland steht vor demografischen Herausforderungen die gleichzeitig mit den Zielen der Energiewende verwoben werden müssen.

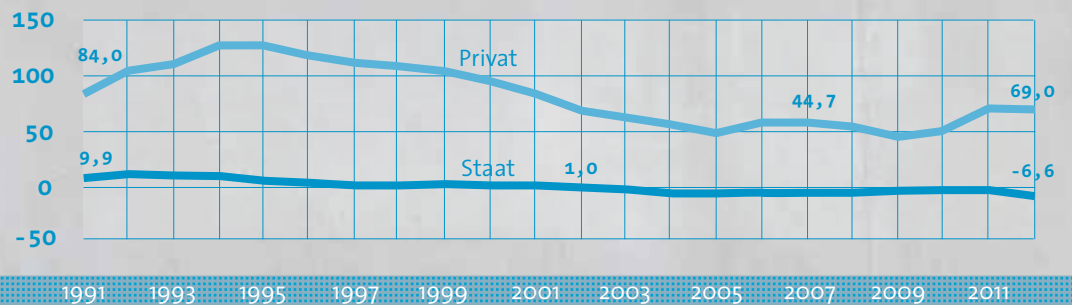
Der Güterverkehr auf Deutschlands Straßen und Schienen wird nach aktuellen Prognosen allein bis 2030 um ca. 40 Prozent steigen. Das derzeitige Investitionsniveau von Staat und Privatwirtschaft hält damit unzureichend Schritt. Die Nettoinvestitionen in Bauten sind im öffentlichen Bereich seit Jahren unter der Nulllinie. Zur Bewältigung der Bauaufgaben ist eine Investitionsoffensive dringend notwendig.

Bauinvestitionen sind Grundlage und Ausdruck für wirtschaftliches Wachstum und Mehrung des Wohlstandes. Sie sind Voraussetzung für Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen in Deutschland.

Bauinvestitionen entfalten eine langfristige Wirkung. Jeder in die Infrastruktur investierte Euro zieht Folgeinvestitionen von ca. zwei Euro nach sich und schafft damit Arbeitsplätze in den vor- und nachgelagerten Bereichen. Gleichzeitig profitiert Deutschland von der sanierten Infrastruktur.

Das deutsche Bauhauptgewerbe ist mittelständisch geprägt: Drei Viertel der Unternehmen haben weniger als zehn Beschäftigte; 90 Prozent der Betriebe haben weniger als 20 Beschäftigte. Legt man die

Nettoinvestitionen Bauten insgesamt; jeweilige Preise in Milliarden Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Eintragungen in die Handwerksrolle zugrunde, so gehören 72 Prozent der Betriebe zum Handwerk. Der Anteil der in diesen Betrieben Beschäftigten liegt bei 77 Prozent. Die Masse der Marktakteure stammt also aus dem Handwerk. Das Handwerk stützt maßgeblich die Beschäftigung. Besonders hoch mit ca. 90 Prozent ist der Handwerksanteil in den Hochbaugewerken.

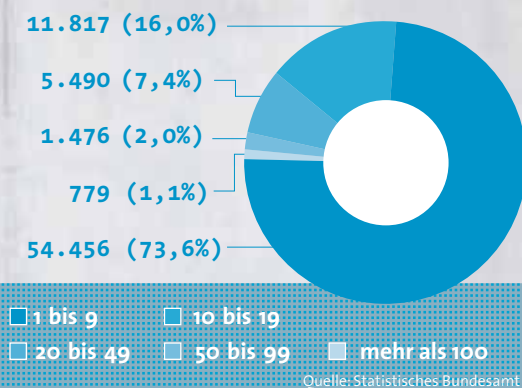
öffentlichen Bau führten die Betriebe mit 20 bis 99 Beschäftigten mit ca. 43 Prozent bzw. 44 Prozent die Leistungsbilanz an.

Die kleinste Betriebsgrößengruppe erwirtschaftete aber auch knapp 30 Prozent der Leistungen im Wirtschaftsbau und 22 Prozent des öffentlichen Baus.

Die Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten nahmen am Geschäftsfeld „Wohnungsbau“ mit nur 4 Prozent eher unbedeutend teil. Sie führten dafür ca. 27 Prozent der Leistungen im Wirtschaftsbau und 33 Prozent der Bauleistungen im öffentlichen Bau aus.

Die mittelständischen Bauunternehmer wie auch besonders die Handwerksmeister, die auf eigenes Risiko und mit ihrem Geld sich und anderen eine Existenz aufgebaut haben, die vor Ort leben und arbeiten und ihre Kunden kennen, haben ein hohes Verantwortungsbewusstsein für die Menschen in ihrer Region. Standortpflege und gemeinnütziges Engagement vor Ort sind im Mittelstand besonders ausgeprägt.

Anzahl Betriebe mit ... Beschäftigten, Juni 2014



Die Leistungsstruktur wird nicht nur in ihrer Gesamtheit, sondern auch je Bauparte von den Betrieben der unteren und mittleren Größengruppe geprägt. Im Wohnungsbau führten die Betriebe mit einem bis 19 Beschäftigten in 2014 mehr als 70 Prozent der Bauleistungen aus. Im Wirtschaftsbau und

Konjunkturelle Entwicklung im Bauhauptgewerbe 2014 / Prognose 2015

Dank einer sehr guten Auftragslage und deutlich günstiger Witterungsbedingungen war das Bauhauptgewerbe mit viel Rückenwind ins Jahr 2014 gestartet. Ein Umsatzplus zum ersten Quartal von 25 Prozent belegt das.

Die Auftragslage im Frühjahr ließ erwarten, dass der Schwung weit in das Jahr reichen würde. Auftragsbestände, die zum ersten Quartal mit



einem Plus von 8 Prozent über dem Vorjahr lagen, gaben dazu Anlass.

Nachdem die Frühjahrsmonate April und Mai im Umsatz mit einem Plus von 4,5 Prozent noch einmal punkten konnten, ging in den Sommermonaten Juni bis August allerdings der Schwung verloren (minus 5 Prozent).

Der **Umsatz im Bauhauptgewerbe** erreichte im Jahr 2014 letztlich ein Plus von 4,1 Prozent und verfehlt die Marke von 100 Milliarden Euro knapp (99,4 Mrd. Euro). Für 2015 rechnen wir (im Herbst 2014) mit einem Umsatzwachstum um 2 Prozent, womit die 100-Milliarden-Euro-Grenze erreicht wäre.

Die Beschäftigung sehen wir in diesem und im nächsten Jahr bei 760.000 Personen. Damit setzt sich die Stabilisierung seit dem Anpassungsprozess von 1995 bis 2005 fort.

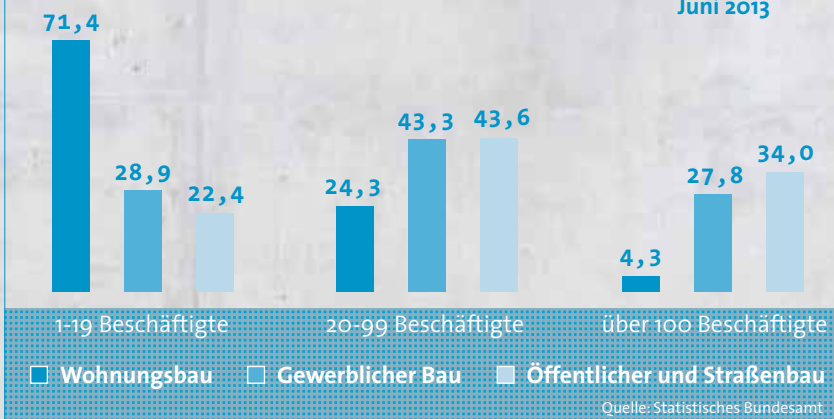
In den einzelnen Sparten zeichnet sich folgende Entwicklung ab:

Der **Wohnungsbau** bleibt der Anker für die positive Umsatzentwicklung im Bauhauptgewerbe. Gleichwohl kommt er in ruhigeres Fahrwasser, wie ein Blick auf Baugenehmigungen und Auftragseingänge zeigt.

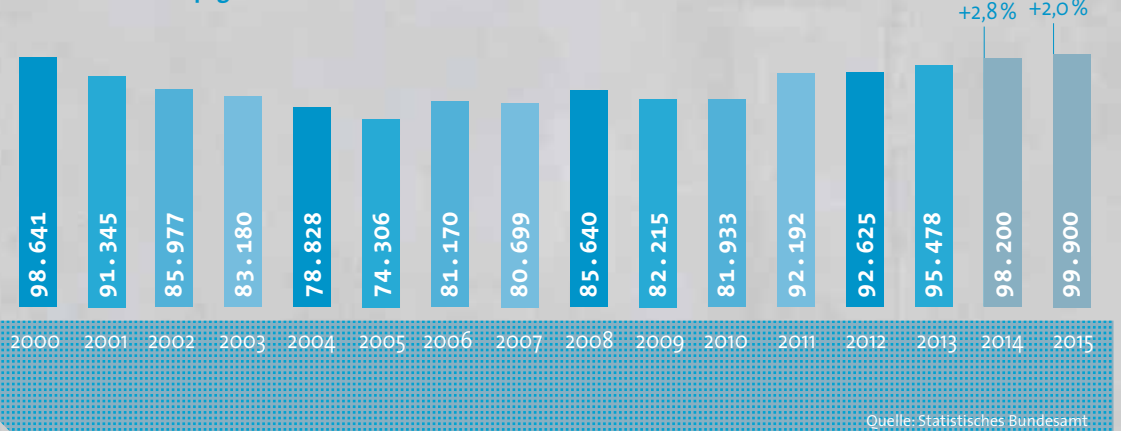
Das anhaltende Interesse, in Wohnimmobilien zu investieren, spiegelt die konstant hohe Nachfrage bei der Erteilung von Baugenehmigungen wider (plus 6 Prozent per Dezember; veranschlagte Baukosten). Dabei steigen die Genehmigungszahlen nur im Bereich des Mehrfamilienhausbaus, während im Ein- und Zweifamilienhausbau die Vorjahreswerte nicht mehr erreicht werden. Wie von uns prognostiziert scheint bei den Ein- und Zweifamilienhäusern mit Genehmigungszahlen von gut 100.000 neuen Wohnungen pro Jahr ein stabiles Niveau erreicht.

Bis Dezember wurden insgesamt ca. 246.000 Wohnungen in neuen Wohngebäuden (inkl. Wohnheimen) genehmigt. Das sind ca. 11.800 mehr als vor einem Jahr. Dabei legten die neuen Bundesländer mit einem Plus von über 10.700 neuen Wohnungen besonders deutlich zu. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf Berlin zurückzuführen, wo ca. 6.700 Wohnungen mehr genehmigt wurden als im Vorjahr, was nahezu eine Verdopplung des Genehmi-

Leistungsanteile je Baupart nach Betriebsgrößengruppen in Prozent; Juni 2013



Umsatz Bauhauptgewerbe Deutschland in Millionen Euro



gungsvolumens bedeutet. Auch in ostdeutschen Universitätsstädten wie Magdeburg und Halle schlägt sich die wachsende Nachfrage deutlich nieder.

Schaut man auf die Flächenländer in den alten Ländern fällt das Bild zur Entwicklung der Baugenehmigungen differenziert aus.

Bayern kommt noch auf ein schmales Plus von 1 Prozent – wobei München mit plus 28 Prozent deutlich überproportional zulegt. Einzig die Stadtstaaten legen deutlich zu: Bremen um 11 Prozent und Hamburg um 14 Prozent. Hier zeigt sich: Wohnungsmärkte sind regional ausgeprägt.

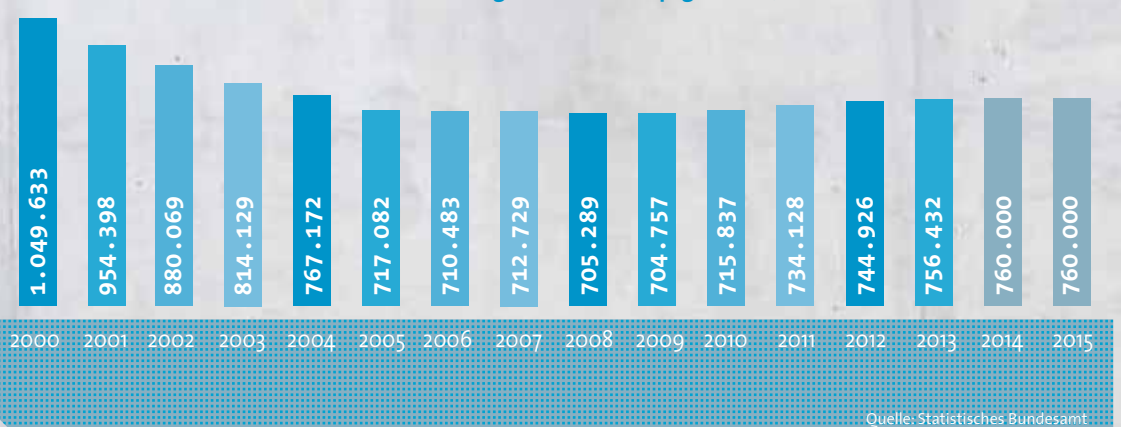
In Baden-Württemberg wurden per Dezember ca. 500 neue Wohnungen weniger genehmigt (minus 1,5 Prozent) als vor Jahresfrist. Auch Städte wie

Frankfurt und Stuttgart fallen dabei im Vorjahresvergleich deutlich ab, obwohl die Bevölkerung jährlich anwächst. Die Baulandknappheit setzt der nötigen Entwicklung hier nun Grenzen.

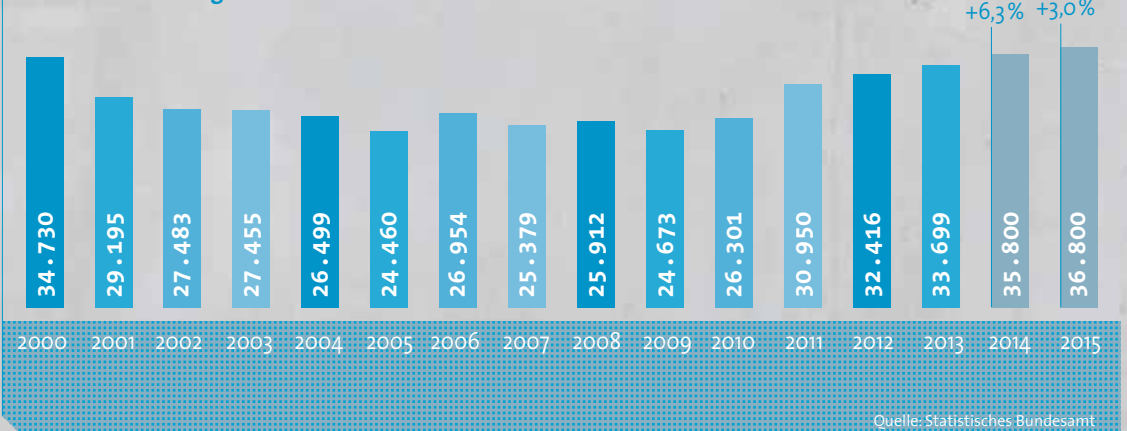
Gesucht wird preiswerter Wohnraum – demgegenüber scheint die Nachfrage im gehobenen Preissegment an die Sättigungsgrenze zu kommen. Nach aktuellen Untersuchungen (empirica) ist ein natürlicher Mietpreisdeckel in den Knappheitsstädten nun erreicht; wesentlich höhere Mieten sind auf den allermeisten Märkten nicht mehr durchsetzbar.

In den Sommermonaten hat die Dynamik bei den Auftragseingängen im Wohnungsbau nachgegeben. Das Niveau ist gleichwohl immer noch sehr hoch. Rahmenfaktoren wie eine stabile Beschäftigung, steigende Einkommen und niedrige Finanzierungskosten bleiben intakt. Der Trend zum Zuzug

Jahresdurchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe, Deutschland



Umsatz Wohnungsbau Deutschland in Millionen Euro



nach Deutschland hält an. Der Außenwanderungs-saldo betrug 2013 ca. 437.000 Personen. Für 2014 wird mit über 500.000 gerechnet – vor fünf Jahren lag der Saldo noch bei null.

Die Umsatzentwicklung im Wohnungsbau wird insgesamt ein hohes Niveau halten; auch weil in den letzten Jahren deutlich mehr Wohnungen genehmigt als gebaut wurden. Für das Jahr 2015 erwarten wir eine Steigerung um 3,0 Prozent.

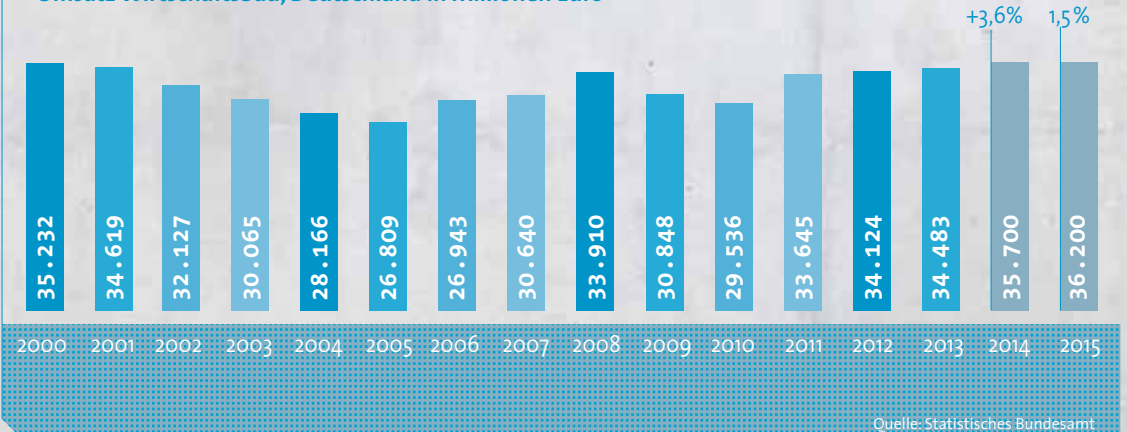
Wir erwarten für 2014 die Fertigstellung von ca. 210.000 neuen Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden, davon gut 100.000 in Ein- und Zweifamilienhäusern und 110.000 in Mehrfamilienhäusern. Damit würden erstmals seit den goer-Jahren wieder mehr neue Wohnungen in Mehrfamilienhäusern errichtet als in Eigenheimen.

Auch der **Wirtschaftsbau** war gut ins Jahr gestartet. Insbesondere im Hochbau schien eine gute Auftragslage die Prognose der Forschungsinstitute für eine kräftige Konjunktur mit zunehmender Kapazitätserweiterung im Jahr 2014 zu bestätigen. Im Laufe des Jahres ausgemachte Risiken wie die Ukrainekrise, Kriege im Nahen Osten sowie der Ausbruch von Ebola in Westafrika waren noch nicht virulent.

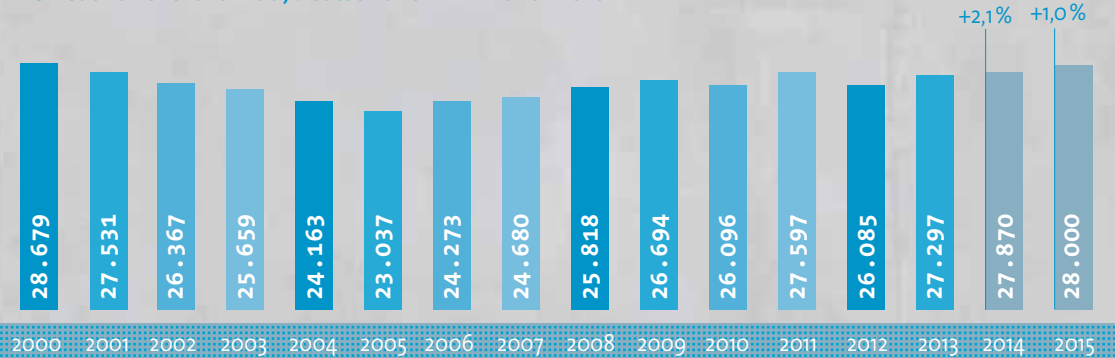
Während noch bis Ende Mai für Fabrik- und Lagergebäude um 20 Prozent mehr Baugenehmigungen nach Baukosten beantragt wurden, blieben die Sommermonate im Vorjahresvergleich klar unter der Nulllinie. Die Baugenehmigungen für Bürogebäude sind über den gesamten Jahresverlauf im Keller.

Aktuelle Umfragen belegen eine deutlich gesunkene Investitionsbereitschaft. Unsere jüngsten monat-

Umsatz Wirtschaftsbau, Deutschland in Millionen Euro



Umsatz öffentlicher Bau, Deutschland in Millionen Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

lichen Konjunkturumfragen zeigten insbesondere im Gewerbebau Abstriche bei der Lagebeurteilung. Der DIHK sieht in seiner Herbstumfrage ebenfalls wenig Schwung im Wirtschaftsbau.

Im Jahr 2014 erreichte der Umsatz im Wirtschaftsbau 35,7 Milliarden Euro (+ 3,6 Prozent). Im nächsten Jahr rechnen wir nach derzeitiger Datenlage mit einem Umsatzniveau von 36,2 Milliarden Euro (+ 1,5 Prozent).

Der **öffentliche Bau** war besonders gut ins Jahr gestartet. Der Tiefbau profitierte von der milden Witterung bei gefüllten Auftragsbüchern besonders. Nach gut einem halben Jahr drängte sich jedoch bereits der Eindruck auf, dass das Pulver schon verschossen sei: Während die Auftragseingänge für den Tiefbau bis ins Frühjahr gut hineinliefen, gingen die Order in den Sommermonaten im Schnitt um fast 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Unsere Umfragen bestätigen diesen Trend; es kommen zu wenige Ausschreibungen auf den Markt.

Es ist eine schizophrene Situation: Auf der einen Seite wächst allenthalben die Einsicht, dass mehr in die Infrastruktur investiert werden muss. Die Koalition hat auch entschieden, in der Legislaturperiode mehr Mittel bereitzustellen. Aber am Markt ist davon – noch – nicht viel zu spüren.

Einmal mehr scheint sich zu bestätigen, dass eine verbesserte Kassenlage bei den Kommunen – als dem bedeutendsten öffentlichen Auftraggeber – noch kein belastbares Indiz für steigende Investitionsausgaben ist. So weisen die Kommunen in ihrem aktuellen Finanzbericht auch darauf hin, dass in vielen Städten die Krise der Kommunalfinanzen anhält und

in finanzschwachen Kommunen die Haushaltskonsolidierung oberste Priorität hat. Für diese Priorität werden die ohnehin niedrigen Investitionsniveaus nochmals abgesenkt bzw. zusätzliche Einnahmen zur weiteren Defizitabsenkung verwendet.

Hinzu kommt die weiter steigende Belastung bei den Sozialausgaben. Trotz teilweiser Übernahme durch den Bund (Grundsicherung im Alter, Eingliederungshilfe) wird dies weiter auf die Investitionsbudgets drücken. Spätestens ab 2016 werden nach Einschätzung der Kommunen die Ausgaben für soziale Leistungen dreimal so hoch sein wie die kommunalen Baumaßnahmen. Vor zehn Jahren war es „erst“ das Doppelte. Für 2015 rechnen die Kommunen auch nur mit geringfügig mehr Baumaßnahmen (plus 1,9 Prozent) in 2016 gar mit einem Rückgang (minus 0,7 Prozent).

Der gute Start in das Jahr 2014 wird dazu führen, dass auch der öffentliche Bau beim Umsatz noch mit einem Plus durchs Ziel geht. Dies fällt mit 2 Prozent auf knapp 27,9 Milliarden Euro freilich schmaler aus, als wir im Januar mit 3,5 Prozent noch prognostiziert haben. Für 2015 rechnen wir nach derzeitiger Datenlage mit einem Steigerungspotenzial von 1,0 Prozent.



*Sven Jungmann aus Völklingen
im Saarland vertrat Deutschlands
Maurer bei der Berufseuropa-
meisterschaft „EuroSkills 2014“ im
französischen Lille.*



**FACHVERBAND
HOCH- UND MASSIVBAU**
im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes

Die im Fachverband Hoch- und Massivbau organisierten Unternehmen des Maurer- und Betonbauhandwerks stehen in der Tradition der alten „Baumeister“, die im 19. Jahrhundert vom Entwurf bis zur Realisierung eines Bauwerks zuständig waren und im Gegensatz zu den Architekten auch den eigenen Baubetrieb für die Ausführung zur Verfügung stell-

Da darf nichts schiefgehen

Eine vernünftige Wand braucht neben Köpfchen bei der Planung und Konzentration auf die Konstruktionszeichnung auch ein hervorragendes räumliches Vorstellungsvermögen für deren Umsetzung. Dabei ist Mauern längst nicht alles: Wände müssen attraktiv verputzt werden, Architekten wollen auch schräge Vorstellungen in Beton gegossen sehen und es gilt natürlich ebenfalls, von Anfang an für Feuchtigkeitsschutz zu sorgen und Wärmeverluste zu verhindern. Damit am Ende ein Haus steht.

ten. Die ganze Palette des Bauens von der Beratung, Planung und Koordinierung bis zur handwerksgerechten Ausführung und Fertigstellung werden heute von den Hochbauunternehmen übernommen und ausgeführt. Hochbauunternehmen erstellen zunächst einmal den Rohbau. Hierzu zählen die Erstellung der Fundamente und Kellerwände, der

Geschossdecken sowie Wände aus Mauerwerk oder Stahlbeton wie auch von Treppen und Balkonen. Sie koordinieren häufig als Generalunternehmer die anderen Gewerke des Ausbaus und übergeben das Bauwerk schlüsselfertig ihren Bauherren. Somit ist die Schlüsselstellung am Bau den Hochbau-Fachbetrieben bis heute erhalten geblieben.

DEMOGRAFISCHER WANDEL UND KLIMASCHUTZ IM MITTELPUNKT

DEUTSCHLAND STEHT VOR GROSSEN WOHNUNGSPOLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN: ES GILT, STEIGENDEN WOHNRAUMBEDARF IN BESTIMMTEN REGIONEN ZU DECKEN UND GLEICHZEITIG SOZIALE, DEMOGRAFISCHE UND ENERGETISCHE ANFORDERUNGEN ZU BERÜCKSICHTIGEN. NEBEN DEM NEUBAU VON WOHNUNGEN SIND DABEI ENERGIEEFFIZIENZ UND KLIMASCHUTZ IM GEBÄUDEBESTAND EBENSO EIN THEMA WIE DIE DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG, DAS WOHNEN IM ALTER UND NICHT ZULETZT NACHHALTIGES UND KOSTENBEWUSSTES PLANEN UND BAUEN.

Wohnungsneubau

Seit dem Jahr 2011 werden wieder mehr Wohnungen errichtet. Gegenüber dem Tiefstand in 2009 mit knapp 160.000 neuen Wohnungen wurden in 2013 knapp 215.000 Wohneinheiten insgesamt fertiggestellt; eine Steigerung um ein Drittel in vier Jahren.

Zwei Aspekte darf man dabei nicht übersehen: Zum einen wurde jahrelang deutlich unterhalb des als notwendig erachteten Niveaus von 250.000 neuen Wohnungen produziert. Zum anderen wird ein Gutteil der Wohnungen nicht in dem Segment errichtet, in dem sie am deutlichsten gebraucht werden – im preisgünstigen Mietwohnungsbaubereich.

Indiz dafür, dass im höherpreisigen Segment gebaut wird, ist der wachsende Anteil von Eigentumswohnungen an den Mehrfamilienhauswohnungen und deren schnelleres Wachstum in den letzten vier Jahren.

Die Koalition setzt in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich auf einen „wohnungspolitischen Dreiklang aus einer Stärkung der Investitionstätigkeit, einer Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus und einer ausgewogenen mietrechtlichen und sozialpolitischen Flankierung“.

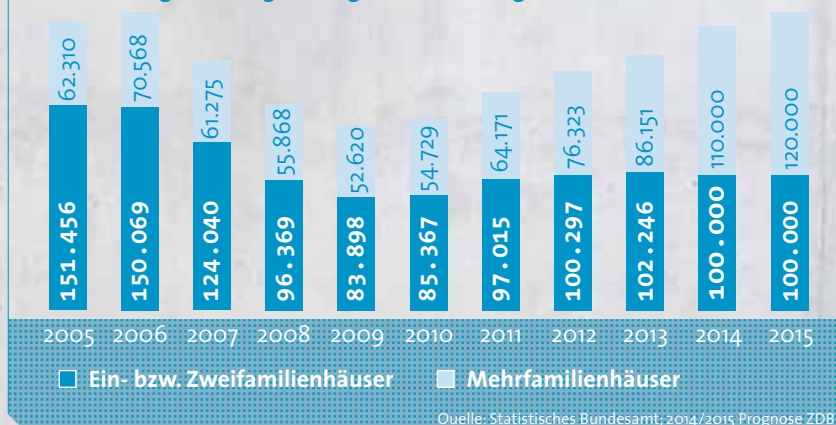
Klar ist: Wer den Anstieg von Mieten mildern will, der muss neue Wohnungen bauen. Mietpreisbremsen und steigende Grunderwerbsteuersätze können dazu keinen Beitrag leisten.

Will man den Markt nun auch im preiswerten Segment erschließen, kommen zwei Instrumente in den Blick: der Ausbau der sozialen Wohnraumförderung durch die Länder und die Verdoppelung der linearen Abschreibungssätze im Mietwohnungsbaubereich.

Was den sozialen Wohnungsbaubereich angeht, hat die Koalition ihr Bekenntnis mit der weiteren jährlichen Zahlung von 518 Millionen Euro untermauert. Allerdings wurde das diesbezügliche Einvernehmen mit den Ländern bereits in der letzten Legislaturperiode erreicht. Zu unterstützen ist in diesem Zusammenhang die Erwartung der Koalition, dass diese Mittel zweckgebunden für den Bau neuer Sozialwohnungen eingesetzt und zusätzliche eigene Mittel der Länder bereitgestellt werden.

Derzeit können Immobilien grundsätzlich nur mit 2 Prozent jährlich linear abgeschrieben werden, was Investitionen in Wohnimmobilien vielfach unattraktiv

Entwicklung Baufertigstellung neue Wohnungen

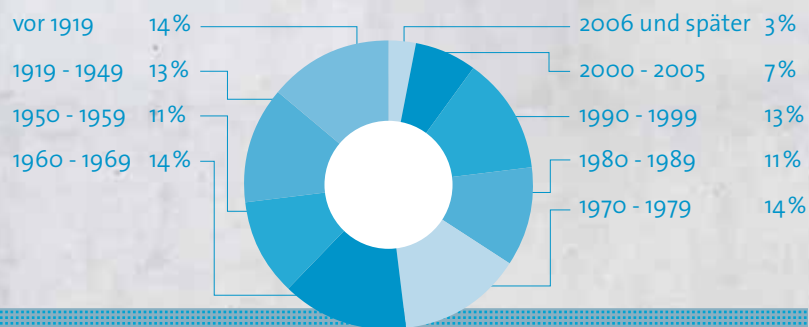




tiv erscheinen lässt. Um den tatsächlichen Werteverzehr einer Immobilie abzubilden, müssen unter anderem technische Abnutzung und Alterseffekte berücksichtigt werden. Die technische Abnutzung wesentlicher Bauteile liegt dabei regelmäßig unter 50 Jahren. Untersuchungsergebnisse, die wir in der „Kampagne für den Wohnungsbau“ veröffentlicht haben, belegen, dass die bereits nach derzeitigen

Standards errichteten Mehrfamilienhäuser in Innenstadtlagen zu Mietpreisen von über 10 Euro pro Quadratmeter führen. Will man Investoren interessieren, hier preiswerter anzubieten, wird man um höhere Abschreibungssätze nicht herumkommen. Daran will die Koalition aber offensichtlich vorerst nichts ändern.

Entwicklung Baufertigstellung neue Wohnungen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Zensus 2011

Energieeffiziente Gebäude

Von den 41,3 Millionen Wohneinheiten, die es nach dem Zensus 2011 gibt, wurden rund 90 Prozent vor dem Jahr 2000 und damit vor der ersten Energieeinsparverordnung (EnEV 2001) errichtet. Das macht deutlich: Der Wohnungsmarkt ist von Bestandsbauten geprägt. Dieser Gebäudebestand muss im Hinblick auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung und der Klimaeffizienzziele der Bundesrepublik angepasst werden.

Die Bundesregierung hat mit ihrem Energiekonzept die Bauwirtschaft zu einem der Hauptakteure des Gelingens der Energiewende gemacht. Ohne einen energieeffizienten Neubau und die Umrüstung des Gebäudebestandes kann die Aufgabe nicht gelingen. Erfreulicherweise plant die Bundesregierung einen neuen Anlauf zur steuerlichen Förderung von Sanierungsmaßnahmen. Positive Signale gibt es dazu aus den Bundesländern.

Der ZDB hat sich bereits in der vergangenen Legislaturperiode vehement für die steuerliche Förderung von Sanierungsmaßnahmen eingesetzt, denn: Durch eine steuerliche Förderung kann ein erheblich größeres Potenzial an privaten Investitionen generiert werden, das bisher durch die KfW-Förderung nicht ausreichend mobilisiert wurde. Nur so kann das Sanierungstempo signifikant erhöht werden.

Bestandsersatz

In Deutschland sind nach Ergebnissen der Studie „Wohnungsbau in Deutschland 2011 – Modernisierung versus Bestandsersatz“ der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen in Kiel gegenwärtig etwa 1,760 Millionen Ein- und Zweifamilienhäuser (etwa 11,8 Prozent von insgesamt 14,9 Millionen EZFH) sowie 285.000 kleinere Mehrfamilienhäuser (rund 10,5 Prozent von insgesamt 2,7 Millionen kleineren Mehrfamilienhäusern mit drei bis zwölf Wohnungseinheiten) nicht mehr wirtschaftlich sanierbar und damit ein bauliches Potenzial für den Bestandsersatz von Wohngebäuden in Deutschland.

Für eine Sanierung, selbst wenn sie im energetischen Bereich noch bis zu 15 Prozent über dem zulässigen Primärenergieverbrauch eines Neubaus gemäß aktueller Energieeinsparverordnung (EnEV) liegt, erhält der Investor diverse Fördermöglichkeiten aus den KfW-Programmen. Für einen Ersatzneubau gibt es diese Förderungen erst, wenn dieser im Primärenergieverbrauch des neuen Gebäudes mindestens 30 Prozent unter der aktuell gültigen EnEV liegt.

Wenn der private Investor sich für Abriss und Neubau entscheidet, verliert er die Bestandsrechte des alten Gebäudes. Für den Neubau sind nach aktuellem Baurecht (Baugesetzbuch) neben Abstandsmaßen und Stellplatzforderungen noch diverse



weitere, auch kommunal zusätzlich aufgestellte Forderungen zu erfüllen. Dies macht den Ersatz der abgerissenen Wohnimmobilie durch einen funktional gleichwertigen, aber dem neuesten Baustandard entsprechenden Neubau teilweise unmöglich oder gegenüber der Vollsanierung extrem teurer.

Die Schlechterstellung wirtschaftlich sinnvoller Bestandsersatzes gegenüber Sanierungsmaßnahmen sollte durch eine entsprechende Anpassung der KfW-Förderkriterien für den Bestandsersatz und eine Novellierung des Baugesetzbuches erfolgen.

Altersgerechter Umbau

Die Wohngebäude in Deutschland sind im Durchschnitt 50 Jahre alt. In den letzten zehn Jahren wurden nur 3 Prozent unseres Gebäudebestandes errichtet. Die Hälfte der Eigentümer und ein Drittel der Mieter leben bereits über 30 Jahre in ihren jetzigen Wohnungen. Mehr als die Hälfte der Seniorenhaushalte lebt in Gebäuden der Baujahre 1949 bis 1980. Diese Gebäude passen nicht mehr zu ihren Bewohnern – unser Gebäudebestand ist in hohem Maße nicht mehr altersgerecht.

Die Zahl der Menschen in der Altersgruppe 65 plus wird von 16,6 Millionen Ende 2011 weiter ansteigen und zwischen 2035 und 2040 knapp 24 Millionen Personen erreichen. Bei langfristig schrumpfender Gesamtbevölkerung errechnet sich ein Altersquotient, der von aktuell 34 bis zum Jahr 2035 auf 59 steigen wird (Bevölkerung 65 Jahre und älter im Verhältnis zur Bevölkerung 20 bis unter 65 Jahre).

Allein wenn nur für Menschen mit Bewegungseinschränkungen entsprechende Wohnungsangebote zur Verfügung gestellt werden sollen, muss nach der Studie „Wohnen im Alter“ das Angebot um das Vier- bis Fünffache ausgeweitet werden. Dies entspricht einem zusätzlichen Bedarf von ca. drei Millionen barrierefreien/-reduzierten Wohnungen bis 2020.

Seit 2012 unterhält die KfW das Programm zum altersgerechten Umbau ausschließlich aus Eigenmitteln. Das Programm erreicht aber nicht die frühere Wirksamkeit, schon allein deshalb, weil die Zuschussvariante entfallen ist: Wurden im Jahr 2011 noch mehr als 43.300 Wohneinheiten über das Programm altersgerecht saniert, waren es 2012 und 2013 mit ca. 12.700 beziehungsweise 26.000 neuen Wohnungen jeweils deutlich weniger.

Die im Koalitionsvertrag dokumentierte Absicht, zur Förderung des generationengerechten Umbaus ein neues Programm „Altersgerecht Umbauen“ aufzu-

legen und mit Investitionszuschüssen auszustatten, begrüßen wir. Die in den Haushaltsberatungen erzielte Einigung, im Zeitraum 2014 bis 2018 insgesamt 54 Millionen Euro für Investitionszuschüsse bereitzustellen, geht in die richtige Richtung.

Diese Förderung muss allerdings dauerhaft sein und in der Höhe mindestens auf das in den Jahren 2009 bis 2011 bestehende doppelt so hohe Niveau angehoben werden. Nach aktuellen Untersuchungen von Prognos wird bis 2030 eine Deckungslücke von 50 Prozent verbleiben, wenn es beim beschlossenen Förderansatz bleibt.



Sebastian Full aus Altbessingen in Bayern ist Vize-Europameister 2014 der Straßenbauer.

STRASSEN- UND TIEFBAUGEWERBE

im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes



Die Anforderungen an den Straßenbau haben sich nicht zuletzt durch das stetig steigende Verkehrsaufkommen verändert. Dazu kommen steigende Ansprüche der Bürger an moderne Verkehrswege und -flächen. Der Ausbau und die Verbesserung der Verkehrswege stehen im Mittelpunkt der Tätigkeit der Straßen- und Tiefbaubetriebe. Deren Einsatzgebiet ist vielfältig: Bei

stabil auf schritt und Tritt

Man hat ihn nicht immer im Auge, verliert man ihn aber, ist es fatal: den Boden unter den Füßen. Damit das nicht passiert, schaffen wir zunächst eine sichere Grundlage. Und dann folgt die Kür: Ob es eine attraktive Insel im Kreisverkehr sein soll, eine bequeme Einkaufsmeile oder ob kommunikationsfördernde Platzgestaltung gefragt ist; jede Straße bietet neue Herausforderungen und fordert individuelle, an Örtlichkeit und Zweck angepasste Lösungen. Dafür sind wir die Spezialisten. Riskieren Sie ruhig mal einen Blick.

der Gestaltung einer Fußgängerzone zu einem Einkaufszentrum aus einem Guss, bei der Neugestaltung eines historischen Marktplatzes, beim Bau einer Umgehungsstraße ohne Beeinträchtigung des Landschaftsbildes sind die Betriebe des Straßen- und Tiefbaugeschäftes genauso gefragt wie bei der Erschließung eines Naherholungsgebietes durch Rad- und Wanderwege.

Darüber hinaus übernehmen die baugewerblichen Straßen- und Tiefbaubetriebe immer mehr Spezialprojekte, wie z. B. im Leitungstiefbau, im Bahnbau und im Landschaftsbau. Die Geothermie, die Nutzung der Erdwärme beispielsweise für die Eisfreihaltung von Fahrbahnen, ist ein innovatives Beispiel für die zukunftsorientierten Geschäftsfelder von Straßenbauunternehmen.

INFRASTRUKTUR-FINANZIERUNG

EINE INTAKTE INFRASTRUKTUR IST FÜR DEN INDUSTRIESTANDORT DEUTSCHLAND (ÜBER-)LEBENSWICHTIG: PROGNOSEN ZUR AUFSTELLUNG DES VERKEHRSWEGEPLANS SEHEN DAS WIRTSCHAFTSWACHSTUM ALS WESENTLICHEN TREIBER IM GÜTER- UND PERSONENTRANSPORT.

Bis 2030 wird gegenüber 2010 ein Wachstum im Güterverkehr um ca. 40 und im Personenverkehr um mehr als 10 Prozent erwartet. Die Straße wird demnach mit einem Anteil von ca. 75 Prozent im Güterverkehr und 80 Prozent im motorisierten Individualverkehr wichtigster Verkehrsträger bleiben.

Die Steuerzahler und Nutzer der Verkehrsinfrastruktur haben seit Gründung der Bundesrepublik ein gut ausgebautes Verkehrsnetz geschaffen. Mit einem Vermögenswert von nahezu 1,1 Billionen Euro bildet dieses Netz aus Straßen, Schienen, Brücken und Wasserstraßen gut die Hälfte des Vermögens unseres Landes ab. Viel Neu- und Ausbau wurde dabei in den 50er- bis 70er-Jahren in den alten und nach der Wende in den 90er-Jahren in den neuen Ländern geschaffen.

Trotz wachsender Einnahmen aus Lkw-Maut, Kfz- und Mineralölsteuer (jährlich 55 Milliarden Euro) genügt die Infrastruktur in Deutschland aber in den letzten Jahren nicht mehr den wachsenden Ansprüchen der Wirtschaft und der Bürger. Dies drückt sich nicht nur im maroden Zustand von Straßen- und Eisenbahnbrücken, Fahrbahnen und Schienen aus,

nein – die Vermögensbilanz macht es aktuell deutlich: Das Nettoanlagevermögen in die Infrastruktur ist von 2008 bis 2013 um zehn Milliarden Euro gesunken, allein bei den Straßen um acht Milliarden Euro. Das heißt, es wurden zehn Milliarden Euro weniger investiert als in diesem Zeitraum als Wertverzehr verloren ging.

Die Einschränkung der Nutzungsmöglichkeiten wird unweigerlich zu einer Beschneidung wirtschaftlichen Wachstums führen. Noch im Jahr 2000 bekamen 30 Prozent der Brücken an Fernstraßen eine sehr gute oder gute Benotung; 2012 waren es nicht einmal mehr die Hälfte. Und der Zustand der Eisenbahnbrücken ist mindestens genauso beängstigend: Nach Angaben des aktuellen Verkehrsinvestitionsberichts haben ein Drittel der Schienenbrücken umfangreiche oder gravierende Schäden. In einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen ist fast die Hälfte aller Eisenbahnbrücken geschädigt.

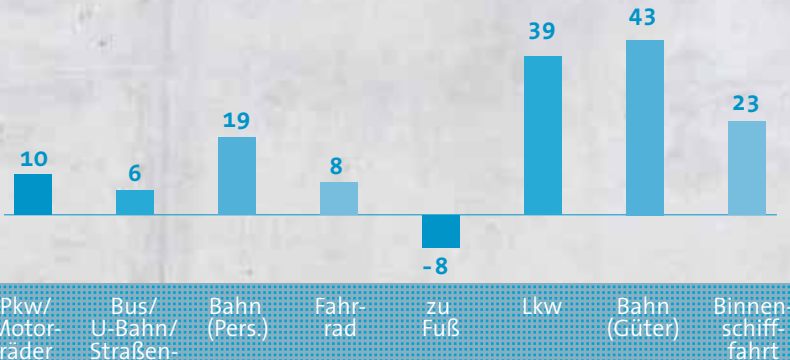
Der Investitionsetat liegt 2014 für *alle Bundesverkehrswege* allerdings lediglich bei 10,3 Milliarden Euro – und bleibt damit nicht nur hinter dem Vorjahreswert zurück, sondern liegt auch unter dem Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2013. Nach der bestehenden Haushaltsplanung werden in 2015 ca. 10,7 Milliarden Euro an Investitionsmitteln für die Infrastruktur bereitgestellt. Selbst wenn das 3,2 Prozent mehr sind als in diesem Jahr, bleibt dies doch meilenweit hinter dem tatsächlichen Bedarf von 14 Milliarden Euro zurück.

Das betrifft die Bauwirtschaft unmittelbar: Die problematische Situation unserer Verkehrswege hat zur Folge, dass Baumaterial und insbesondere schwere Geräte nicht wie geplant auf die Baustellen kommen. Abgelastete Brücken, Straßensperrungen und Staus behindern die Produktion. Manche Kolonnen stecken länger im Stau, als sie auf Baustellen arbeiten.

Die Ergebnisse der im Auftrag der Verkehrsminister der Länder erarbeiteten Gutachten der Daehre- und Bodewig-Kommission haben die Lücken bei der Infrastrukturfinanzierung quantifiziert, die Brückensperrung der A1 bei Leverkusen sollte die Problematik Investitionsstau für jeden „erfahrbar“ gemacht haben – oder eben gerade nicht mehr.

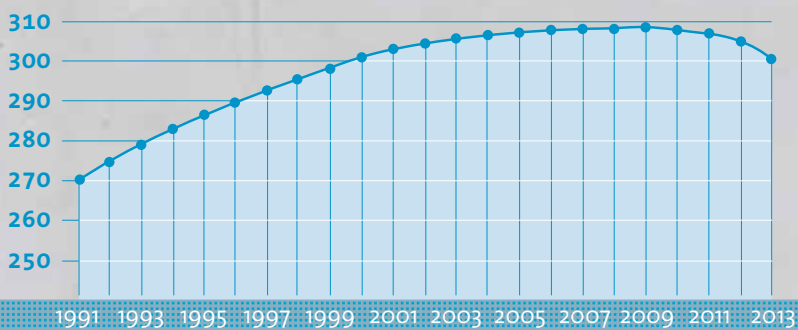
Wir halten den breiten Konsens, den es auch von allen Verkehrsministern der Länder zu den vorgelegten Vorschlägen der Bodewig-Kommission gegeben hat, für zielführend. Diese Vorschläge reichen von einer Aufstockung der Haushaltsmittel, über eine überjährige Mittelbereitstellung in zugriffssicheren Fonds bis zu einer Ausweitung der Nutzerfinanzierung.

Veränderung der Verkehrsleistung 2010 bis 2030
Prognose für die Verkehrswegeplanung in Prozent



Quelle: BVLU/ITP/NW/Planco 2014

Nettoanlagevermögen Straßen Staat in Milliarden Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt, ZDB

Die öffentliche Wahrnehmung der Problematik „Investitionsstau“ ist zu einer Dimension angewachsen, die dazu führte, dass im Koalitionsvertrag ein zusätzliches Fünf-Milliarden-Euro-Programm für die Verkehrsfinanzierung vereinbart wurde. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel haben im Herbst 2014 ein Zehn-Milliarden-Euro-Programm nachgeschoben, über dessen Verteilung im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 2016 entschieden werden soll.

Weil der Investitionsstau im Bereich Infrastruktur besonders virulent ist, sieht der ZDB besonderen Anlass, auch für diesen Bereich entsprechende Mittel einzustellen. So würden nach derzeitigem Planungsstand die Investitionen in die Verkehrsträger bereits in 2018 wieder um 300 Millionen Euro von 11,9 Milliarden auf 11,6 Milliarden Euro (inkl. Kombiniertes Verkehr) zurückgehen und damit unter das Niveau von 2017 fallen.



Der ZDB regt den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft VIFG zu einer Investitionsgesellschaft nach dem Vorbild der österreichischen ASFINAG¹ an. Neben Haushaltsmitteln soll sie den Neubau, Ausbau und die Erhaltung der Straßeninfrastruktur als hundertprozentige Tochtergesellschaft des Bundes auch günstig durch Fremdkapital finanzieren können. Grundlage für die Umsetzung der Maßnahme ist der Bundesverkehrswegeplan.

Hohe konsumtive Ausgaben der öffentlichen Haushalte und Neuverschuldungsverbote schaffen in der politischen Diskussion Anreize, Aufträge in wachsendem Maße großvolumig und über lange Laufzeiten in Form von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) zu vergeben. Privatisierungs- und ÖPP-Modelle bieten jedoch aus Sicht der Volkswirtschaft keinen nachhaltigen Ansatz, den Investitionsstau aufzulösen. Der Bundesrechnungshof hat bereits deutlich auf entsprechende Sachverhalte zur Wirtschaftlichkeit und Umgehung der Schuldenbremse hingewiesen.

Die Modernisierung der Infrastruktur ist ohne die Kompetenz, Effizienz und Erfahrung der deutschen – ganz überwiegend mittelständischen – Bauunternehmen nicht denkbar. Sofern die Generierung privaten Kapitals zur Schließung von Finanzierungslücken als temporärer Lösungsansatz gesehen wird, ist die Auftragsvergabe nach dem in Deutschland bewährten konventionellen Vergabeverfahren für eine Einbindung dieses Fachwissens zwingend.

Projekte in der Größe der bisherigen A-Modelle können nur einzelne internationale Player stemmen. Das schränkt den Wettbewerb extrem ein – mit allen negativen Folgen. Derartige Projekte schließen nahezu die gesamte deutsche Bauwirtschaft aus. Das liegt nicht im Interesse des Bürgers und Steuerzahlers.

Die Beseitigung von Engpässen im Infrastrukturnetz in Deutschland liegt in der Verantwortung der jeweiligen Gebietskörperschaften. Im Sinne einer nachhaltigen Daseinsvorsorge muss die öffentliche Hand (Bund, Länder, Kommunen) Bauherrenkompetenz zurückgewinnen, um diese Prozesse erfolgreich zu managen.

¹ ASFINAG: Die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft ist eine Infrastrukturgesellschaft, die für die Planung, die Finanzierung, den Ausbau, die Erhaltung, den Betrieb und die Bemannung des österreichischen Autobahnen- und Schnellstraßennetzes zuständig ist. Die ASFINAG ist vollständig im Eigentum der Republik Österreich.



*Simon Rehm vertritt die
Zimmerer-Nationalmannschaft
bei der Berufsweltmeisterschaft
„WorldSkills 2015“ im August.*

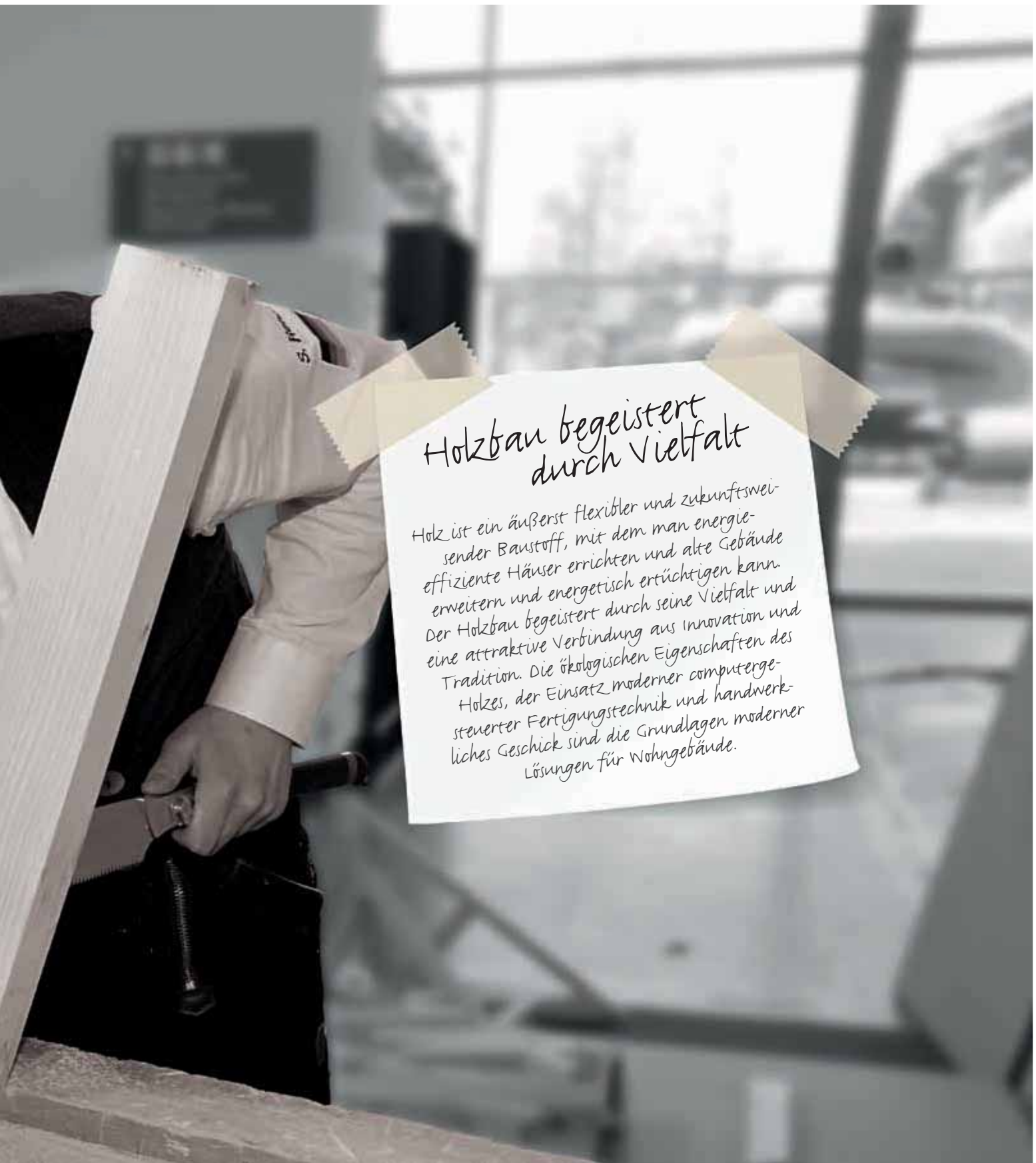


**HOLZBAU
DEUTSCHLAND
BUND DEUTSCHER
ZIMMERMEISTER**

im Zentralverband
des Deutschen Baugewerbes

Der Holzbau hat eine große Vergangenheit und vor allem eine große Zukunft. Denn Holz ist einer der ältesten Baustoffe und Sympathieträger der Moderne gleichzeitig.

Der Holzbau kann heute nicht nur Häuser mit Niedrigenergie- und Passivhausstandards errichten, sondern auch Energieplushäuser, die mehr Energie



Holzbau begeistert durch Vielfalt

Holz ist ein äußerst flexibler und zukunftsweisender Baustoff, mit dem man energieeffiziente Häuser errichten und alte Gebäude erweitern und energetisch ertüchtigen kann. Der Holzbau begeistert durch seine Vielfalt und eine attraktive Verbindung aus Innovation und Tradition. Die ökologischen Eigenschaften des Holzes, der Einsatz moderner computergesteuerter Fertigungstechnik und handwerkliches Geschick sind die Grundlagen moderner Lösungen für Wohngebäude.

erzeugen, als ihre Bewohner verbrauchen. In der Bauwerkserhaltung und Denkmalpflege ist der Holzbau genauso zuhause wie beim Treppenbau, im Bereich Ausbau und Trockenbau und bei Bedachungen. Der moderne Holzbau in Deutschland verfügt zudem über eine gute und flächendeckende Qualitätssicherung und Güteüberwachung. Neben dem

Neubau auch von mehrgeschossigen Holzbaukonstruktionen hat sich der Bereich der Modernisierung zum gleichberechtigten Standbein der Holzbaubranche entwickelt. Zusätzlich zur energetischen Sanierung gewinnen die Umnutzung, aber auch die Aufstockung und Nachverdichtung wieder an Bedeutung. Holz spielt hierbei eine besondere Rolle.

QUALITÄT KOMMT VON QUALIFIKATION

EINE MODERNE, ZUKUNTSORIENTIERTE BERUFLICHE BILDUNG UND ALS DEREN ERGEBNIS HOCH QUALIFIZIERTE FACHKRÄFTE SIND DIE BASIS FÜR DEN WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG UND DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER BAUBETRIEBE IN DEUTSCHLAND.

Qualifizierte Fachkräfte garantieren eine hohe Ausführungsqualität, vermeiden Mängel zulasten der Verbraucher und leisten damit einen entscheidenden Beitrag zum Verbraucherschutz.

Die duale Ausbildung, um die wir von der halben Welt beneidet werden, setzt leistungsfähige Unternehmen voraus, die eine hochwertige innerbetriebliche Berufsausbildung gewährleisten können. Dies wiederum ist untrennbar an die Qualifikation des verantwortlichen Unternehmers geknüpft.

Diese Befähigung wird durch die Pflicht zur Meisterqualifikation sichergestellt, in deren Rahmen die dafür notwendigen fachlichen sowie berufs- und arbeitspädagogischen Voraussetzungen erworben werden. Das heißt, die durch das Ablegen der Meisterprüfung erworbenen fachlichen sowie berufs- und arbeitspädagogischen Qualifikationen gewährleisten und sichern eine hohe Qualität der Ausbildung.

Die Berufsanererkennungsrichtlinie, die seit 2007 in Kraft ist, regelt die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen in der Europäischen Union (EU). Eine Evaluierung soll nach Aussage der EU-Kommission dazu beitragen, insbesondere durch einen flexibleren und transparenten rechtlichen Rahmen in den Mitgliedstaaten, die Mobilität qualifizierter Fachkräfte innerhalb des Binnenmarkts und die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen zu erleichtern.

Die damit verbundene Aufhebung der Regulierung des Berufszugangs durch die EU gefährdet die duale Ausbildung in Deutschland: Die Kommission arbeitet intensiv daran, bewährte und notwendige Qualifikationsanforderungen abzuschaffen und damit gewachsene Ausbildungs- und Qualitätsstandards zu zerstören. Letztlich könnte dies dazu führen, dass der „Meisterbrief“ und mit diesem die Qualität der dualen Ausbildung im Handwerk auf Druck aus Europa ausgehöhlt werden.

Nicht qualifizierte Betriebe bilden in aller Regel nicht aus, so dass mittel- und langfristig nur noch wenig qualifizierte Betriebe mit gut ausgebildetem Personal zu finden sein werden. Das bestehende System der dualen Ausbildung in Deutschland leistet einen wesentlichen Beitrag auch zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Zulassungspflicht von Handwerksberufen infrage zu stellen, gefährdet perspektivisch auch die Qualität der dualen Ausbildung im Baugewerbe und führt zu einem Rückgang der Ausbildungszahlen.





Die Reglementierung des Berufszugangs bildet darüber hinaus auch ein wirksames Anreizsystem für eine Aus- und Weiterbildung auf hohem Niveau, die letztendlich auch das Rüstzeug für Selbstständigkeit vermittelt.

Wir setzen alles daran, dass die Absenkung der Standards der hochwertigen dualen Ausbildung mit allen Mitteln verhindert wird. Geboten ist vielmehr, die Attraktivität einer Berufsausbildung deutlich zu betonen und die Ausbildungsfähigkeit der Betriebe zu unterstützen. Die Stärkung des dualen Ausbildungssystems wird weiterhin im Mittelpunkt der Arbeit des ZDB stehen.

Das Deutsche Baugewerbe fordert deshalb:

- ▶ Erhalt der Qualität und Stärkung der dualen Berufsausbildung,
- ▶ Erhalt der Meisterqualifikation als Voraussetzung für Unternehmensgründung und qualifizierte Berufsausbildung,
- ▶ Erhalt der Zulassungspflicht von Handwerksberufen und eine Abwehr der Angriffe der EU gegen Deutschland, auch zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe des Bauhandwerks, und
- ▶ Schutz der Kompetenz zum Erlass von Regelungen über den Berufszugang durch die jeweilige nationale Regierung.

Botschafter des deutschen Baugewerbes

Eine Teilnahme an den alle zwei Jahre versetzt veranstalteten internationalen Berufswettbewerben EuroSkills und WorldSkills ist das Ziel des sich stets neu formierenden Nationalteams des ZDB. Die internationalen Wettbewerbe sind immer wieder ein außergewöhnliches Schaufenster für technisches und handwerkliches Know-how und eine Herausforderung für unsere Teilnehmer.

Das deutsche Baugewerbe war bisher mit einem sechsköpfigen Nationalteam mit je einem Maurer, einem Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, zwei Stuckateuren sowie zwei Straßenbauern bei den EuroSkills dabei. Bei den WorldSkills zählen vier Teilnehmer – ein Maurer, ein Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, ein Stuckateur sowie ein Zimmerer – zum Nationalteam.

Die bisher erzielten exzellenten Ergebnisse sind Ausdruck der hohen Qualität der dualen Ausbildung. Sie stehen aber auch für Leistungsbereitschaft und handwerkliches Können auf höchstem Niveau. Sowohl unsere Wettbewerbsteilnehmer als auch ihre Trainer bereiten sich intensiv, hoch motiviert und sehr engagiert auf diese Wettbewerbe vor. Die jungen Leute sind mit ihrer Leistung äußerst sympathische Botschafter des deutschen Baugewerbes.

Das Nationalteam des ZDB wird erneut bei den WorldSkills im August 2015 im brasilianischen São Paulo an den Start gehen.



*Volker Rosenberg aus Berumbur
in Niedersachsen hat bei den
EuroSkills 2014 im französischen
Lille die Silbermedaille geholt.*

**FACHVERBAND
FLIESEN
UND NATURSTEIN**

im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes



Keramische Fliesen und Platten sind pflegeleicht, farb- und lichtecht, nicht brennbar, extrem strapazierfähig und besonders langlebig. Noch älter sind jedoch Natursteine. Über Millionen von Jahren von der Natur geformt, sind sie wie Fliesen wertvolle, natürliche und ehrliche Baumaterialien. Die Fliesenfachbetriebe helfen bei Planung und Gestaltung,

Die Kunst der Fuge

Wirklich ansehnlich werden Wände oft erst, wenn sie „verkleidet“ werden - mit schicken Fliesen in bunt oder uni, robustem Naturstein oder komplexen Mosaiken. Wie so oft, kommt es gerade dabei aufs Detail an. Denn verlegen kann (fast) jeder, verfugen aber will gelernt sein. Weil auch die schönste Fliese nichts ist ohne die passende Fuge.

beraten bei der Auswahl des passenden Belags und führen die fachgerechte Verlegung aus. Nicht nur beim Ausbau eines Neubaus wird der Fliesenleger benötigt, auch bei der Renovierung ist er gefordert. Neben den Verlegearbeiten an den Wänden und auf dem Boden koordiniert er die Leistungen verschiedener Gewerke. Fliesen und Platten

haben mittlerweile Einzug in die Wohn- und Essräume gehalten wie in Eingangsbereiche, in Wintergärten und auf Terrassen. Darüber hinaus kommen Fliesenleger heute aber beim Schwimmbadbau und bei der Einrichtung von Wellnessbereichen ebenso zum Einsatz wie bei der Gestaltung des barrierefreien Wohnens.

BAUEN UND UMWELT

FÜR DIE BEHEIZUNG UNSERER WOHNUNGEN UND GEBÄUDE SOWIE FÜR DIE WARMWASSERBEREITUNG WERDEN 40 PROZENT DER GESAMTEN PRIMÄRENERGIE AUFGEWENDET. DIESEN BEDARF ZU REDUZIEREN, IST ZIEL DER VERBESSERUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ IN UNSEREN GEBÄUDEN.

Ressourceneffizienz steigern

Über 500 Millionen Tonnen mineralischer Rohstoffe werden jährlich im Bausektor verbraucht. Zugleich fallen Jahr für Jahr ca. 200 Millionen Tonnen mineralischer Abfälle infolge von Bauaktivitäten an. Die Bauwirtschaft hat sich als erste Branche bereits in den 90er-Jahren zum Aufbau einer Kreislaufwirtschaft und zur Halbierung der Deponierung verwertbarer Abfälle verpflichtet.

Durch das Baustoff-Recycling und die Verwertung von Böden gelingt es bislang, gut 90 Prozent der anfallenden mineralischen Abfälle im Kreislauf zu halten. Damit liegt Deutschland bei der Realisierung einer Kreislaufwirtschaft Bau im europäischen Maßstab zwar weit vorne – mit großer Sorge sieht der ZDB jedoch negative Tendenzen:

- Die Akzeptanz für Recycling-Baustoffe sinkt auf Grund zunehmend bürokratischer Regelungen. Insbesondere öffentliche Auftraggeber lehnen trotz hervorragender Eignung den Einsatz von Recycling-Baustoffen ab. Der Grund: Diese unterliegen immer noch dem Abfallrecht – und der damit verbundene bürokratische Mehraufwand schreckt ab.
- Auch Böden werden immer häufiger wegen geringer Schadstoffbelastung auf Deponien verfrachtet, anstatt sie im Kreislauf zu halten. Die Böden müssen häufig über Hunderte von Kilometern zur nächstgelegenen geeigneten Deponie transportiert werden. Diese unverständliche Behördenpraxis verursacht nicht nur zusätzliche Belastungen der Verkehrsinfrastruktur durch Schwertransporte, sondern auch erhebliche CO₂-Emissionen.
- Die derzeitige Praxis führt bereits aktuell zu einer besorgniserregenden Verknappung von Deponieraum. Auch bei bestmöglicher Kreislaufwirtschaft wird immer ein kleiner Teil der mineralischen Abfälle nicht wieder verwertbar sein und zur Entsorgung anstehen. Die Länder

müssen für ausreichenden Deponieraum Sorge tragen – auch um die derzeitige Praxis von Abfalltransporten über Landesgrenzen hinweg zu beseitigen.

- Nach einer Umfrage unter den ZDB-Mitgliedsunternehmen haben sich die Entsorgungskosten von Böden innerhalb von fünf Jahren um bis zu 600 Prozent gesteigert. Die Explosion der Entsorgungskosten von Böden führt bereits jetzt zu Mehrkosten bei Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen von bis zu einer Milliarde Euro jährlich. Dies verschärft die chronische Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur weiter.

Das Deutsche Baugewerbe fordert daher eine ausgewogene bundeseinheitliche Regelung. Die Ressourceneffizienz im Bereich mineralischer Rohstoffe muss gefördert werden, ohne dass dabei der Grundwasser- und Bodenschutz vernachlässigt werden darf. Der ZDB setzt sich gegenüber dem Bundesumwelt- und Bauministerium für entsprechende Korrekturen der sogenannten Mantelverordnung ein, die erstmals das Baustoff-Recycling bundeseinheitlich regeln soll.

Nachhaltig und gesund Bauen

Bauherren und Nutzer legen immer mehr Wert auf nachhaltige und gesunde Bauweisen. Neben dem Gesamtenergieverbrauch unserer Bauwerke über ihren Lebenszyklus spielt dabei die Auswahl der Baustoffe eine wesentliche Rolle.

Mauerwerk zeichnet sich durch eine vergleichsweise geringe graue Energie bei der Herstellung der Bauprodukte sowie eine gute Recyclingfähigkeit aus.

Holz stellt einen nachwachsenden Baustoff dar, der CO₂ dauerhaft speichert. Durch die kaskadenartige Nutzung des Holzes bis hin zur energetischen Verwertung wird die höchste Nachhaltigkeit erzielt.

Klimaschutz heißt Energieeffizienz!

Den nachhaltigsten Beitrag zu mehr Energieeffizienz leistet die Energieeinsparung. Der Gebäudesektor trägt zu etwa 40 Prozent des deutschen Primärenergieverbrauchs sowie zu etwa 30 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen bei.

Gemäß den Klimaschutzzielen der Bundesregierung soll der Primärenergieverbrauch im Gebäudesektor bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent gesenkt werden. Die derzeitige CO₂-Einsparquote im Gebäudebestand liegt weit unter 1 Prozent jährlich.



Der ZDB setzt sich dafür ein, dass die energetische Modernisierung für Gebäudeeigentümer durch steuerliche Förderung wirtschaftlicher wird. Zugleich würde hierdurch das Vermieter-Mieter-Dilemma bei energetischen Modernisierungsmaßnahmen entschärft werden.

Durch innovative Produkte wie Aerogel-Dämmstoffe gelingt es immer besser, architektonische und konstruktive Anforderungen mit der Steigerung der Energieeffizienz in Einklang zu bringen. Der ZDB unterstützt und fördert entsprechende Forschungsvorhaben zur Entwicklung von innovativen Konstruktionen und Baustoffen.

Energieerzeugung optimieren

Zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende müssen wir die Energieerzeugung optimieren. Dezentrale Kraft-Wärme-Nutzungen zur Stromerzeugung und Nahwärmeversorgung sind hier effizienter als Großkraftwerke. Hinzu kommt der Ausbau erneuerbarer Energien, wobei die Solarthermie-Nutzung im Gebäudebereich zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Darüber hinaus stellen in Wärmedämm-Verbundsysteme integrierte dünn-schichtige Photovoltaik-Elemente, solare Luftkollektoren in Außenwänden und die oberflächennahe Nutzung der Geothermie Beispiele für eine bauwerksintegrierte Nutzung erneuerbarer Energien dar.

Eine moderne Energie-Infrastruktur erfordert neue Leitungssysteme nicht nur im Bereich des Stromnetzes. Sowohl für den unterirdischen Ausbau des Hochspannungsnetzes als auch für die Bündelung der zunehmenden Vielfalt innerstädtischer Leitungssysteme bieten sich begehbare Infrastrukturkanäle als nachhaltige Lösung an. Die Leitungssysteme liegen dort geschützt, sind jederzeit für Inspektions- oder Wartungszwecke zugänglich und können über den langen Lebenszyklus des Kanalbauwerks ohne Tiefbaumaßnahmen erneuert oder ergänzt werden.

Warm haben will
es jeder. Und ich
weiß, wie es geht.

Klare Sache: Wir müssen zusehen, dass sich unser Energieverbrauch in Grenzen hält - das sind wir der Umwelt genauso schuldig wie unserem Geldbeutel. Einfach die Heizung runterdrehen und im Wohnzimmer frieren ist aber keine Alternative. Muss es auch nicht sein: Ich kenne mich mit energetischer Gebäudesanierung aus - nicht nur, wenn es um die handwerkliche Seite geht. Genauso viel verstehe ich von neuen Hochleistungsdämmstoffen und Energierückgewinnung durch intelligente Gebäudehüllen. Wenn Sie mich fragen: Da ist noch Luft nach oben.

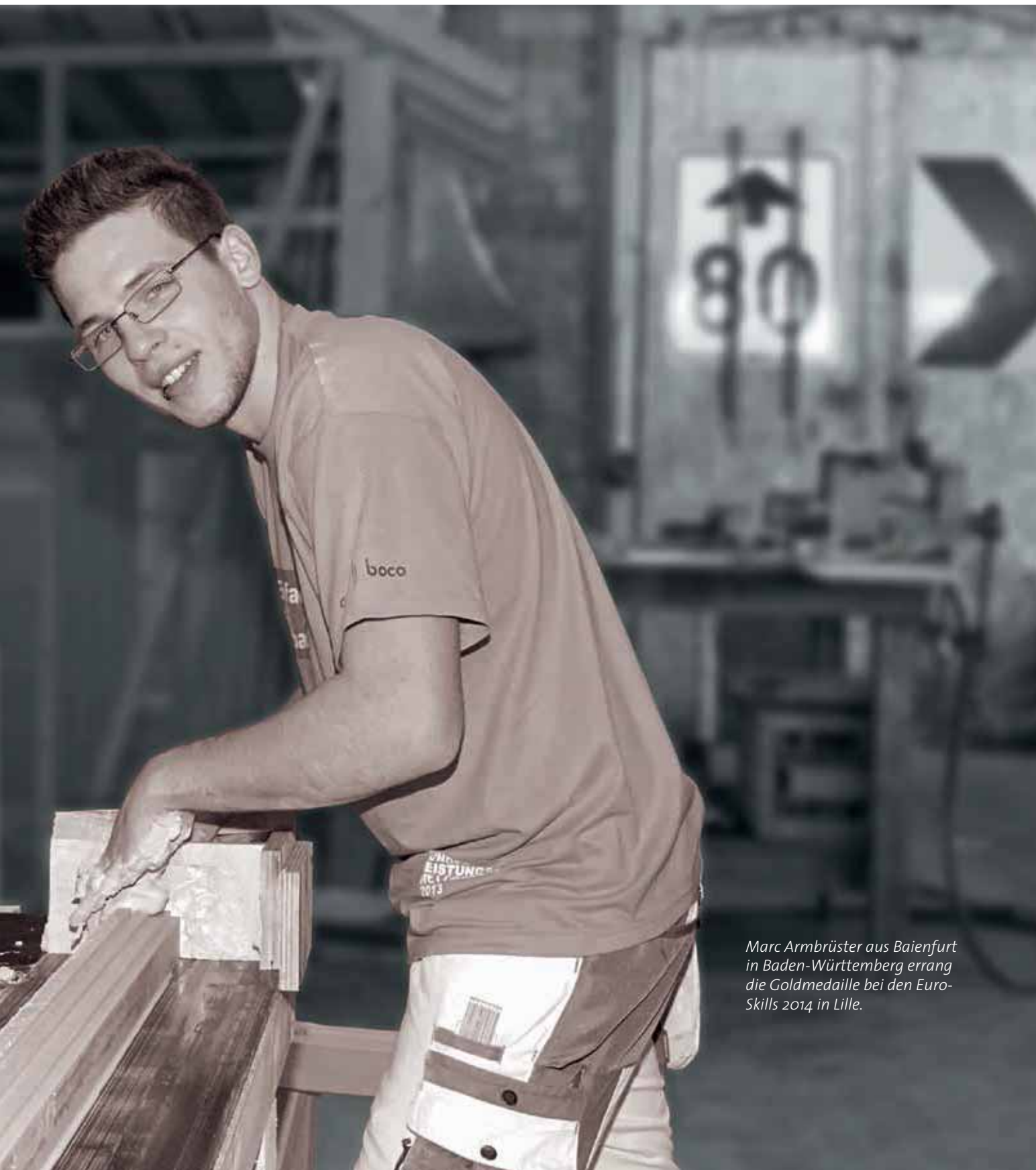
**BUNDESVERBAND
AUSBAU UND FASSADE**

im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes



Die modernen Putz- und Gestaltungstechniken der Gegenwart sind so vielfältig, dass das Handwerk des Stuckateurs sowohl auf den traditionellen und zugleich künstlerischen wie auch modernste Handwerkstechniken aufbaut.

Der Stuckateur ist auch ausgewiesener Fachmann für alle Bereiche des Trockenbaus. Er beherrscht daneben



Marc Armbrüster aus Baienfurt in Baden-Württemberg errang die Goldmedaille bei den Euro-Skills 2014 in Lille.

die vielfältigsten Techniken der Oberflächenbearbeitung, die auch die farbliche Gestaltung von Flächen und das Ausführen von Wärmedämmverbundsystemen (WDVS) an Fassaden umfassen.

In der Regel kommen Stuckateure als erstes Ausbaugewerk in den Rohbau. Die Betriebe sind daher wie kaum ein anderes Handwerk dazu prädestiniert, den

kompletten Innenausbau auszuführen. Dabei nehmen sie entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung und Ausführung von Baumaßnahmen. Der Stuckateur hat sich im Zusammenwirken mit den anderen Ausbaugewerken als der „Ausbauer“ am Markt etablieren und seine ein Jahrtausend währende Kompetenz stets neu unter Beweis stellen können.

FAIR PLAY AM ARBEITSMARKT

AUSMASS UND ERSCHEINUNGSFORMEN VON SCHWARZARBEIT UND ILLEGALER BESCHÄFTIGUNG SIND NACH WIE VOR FÜR DIE DEUTSCHE BAUWIRTSCHAFT BEDROHLICH. ZWAR HAT DER GESETZGEBER IN DEN LETZTEN JAHREN UNSERE FORDERUNGEN AUFGEGRIFFEN – GLEICHWOHL MÜSSEN DIE POLITISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN WEITER VERÄNDERT WERDEN.

Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit spielen leider in der Bauwirtschaft immer noch eine große Rolle – sie reichen von Bauleistungen „ohne Rechnung“ bis zu mafiösen Strukturen, in denen mit hoher krimineller Energie gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen wird und Lohnsteuern, Sozialversicherungsbeiträge und Sozialkassenbeiträge hinterzogen werden.

Immer wieder erinnern wir daran, dass die beste Methode zur Bekämpfung der Schwarzarbeit die Beseitigung der Ursachen ist. Diese Ursachen liegen ohne Zweifel in der hohen Belastung regulärer Beschäftigungsverhältnisse mit Steuern und Abgaben.

Eine effektive Gegenstrategie muss daher vor allem hier ansetzen und die Steuer- und Abgabenbelastung verringern. Dazu ist die Politik aber bedauerlicherweise nicht bereit.

Außerdem stellen wir immer mehr neue Arbeitsformen auf einem grauen Markt fest, wie etwa Scheinwerkverträge und Scheinselbstständigkeit. Nicht selten erfolgt die gewerbliche Anmeldung eines eigenen Gewerkes durch mehrere oder sogar zahlreiche ausländische Staatsbürger unter ein und derselben Wohn- bzw. Firmenanschrift. Beliebte sind auch Gründungen von angeblichen Arbeitsgemeinschaften zwischen einem deutschen Baubetrieb und einzelnen ausländischen Bauarbeitern oder einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) mit zahlreichen vermeintlichen Gesellschaftern. Deren Tätigkeit beschränkt sich dann aber nach Abschluss eines Scheinwerkvertrags auf die Ausführung von Mauer- oder Eisenflechterarbeiten oder andere einfache Bauarbeiten.

Mindestlöhne und Sozialversicherungsabgaben werden in diesen Fällen durchgehend nicht gezahlt. Zum Teil erhalten die Bauarbeiter auch Schwarzarbeitslöhne, nachdem Strohmannfirmen gegründet wurden, die Rechnungen für nicht erbrachte Bauleistungen erstellen, um dadurch Schwarzgeld



zu generieren. Unsere Mitgliedsbetriebe spüren dies täglich in der privaten wie auch öffentlichen Auftragsvergabe, weil sie mit Anbietern konkurrieren, die Bauleistungen zu einem großen Teil zu Stundenverrechnungssätzen anbieten, bei denen die tariflichen und gesetzlichen Verpflichtungen nicht eingehalten werden können.

Wir stehen dagegen für saubere Baustellen und für Fair Play am Arbeitsmarkt. Dafür haben wir eine Gesamtstrategie mit folgenden Maßnahmen entwickelt:

▶ Verbesserung der Gewerbeaufsicht

durch Überprüfung der Scheinselbstständigkeit bei Gewerbeanzeigen,

▶ Erweiterung des Sozialkassenverfahrens

durch Einführung eines Mindestbeitrags für alle Betriebe mit und ohne Beschäftigte zum Berufsbildungsverfahren,

▶ Änderung der Handwerksordnung

mit dem Ziel einer Überprüfung der gesetzlich vorgeschriebenen Krankenversicherung vor der Eintragung von Einmannbetrieben in die Handwerksrolle, und

▶ Erweiterung der gesetzlichen Unfallversicherung

durch Einführung einer Unternehmer-Pflichtversicherung bei der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft.

Gewisse Hoffnungen setzen wir zumindest bei dem Kampf gegen die Scheinselbstständigkeit in die von uns geforderte Verbesserung der Gewerbeaufsicht, die Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble inzwischen mit einer neuen Gewerbeanzeigenverordnung auf den Weg gebracht hat. Wir begrüßen die seit 1. Januar 2015 bestehende Prüfpflicht und auch die Übermittlungspflicht der Gewerbeämter an die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) bei Anhaltspunkten für Scheinselbstständigkeit.

Darüber hinaus müssen aber auch die Handwerkskammern Partner bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit werden. Deshalb fordern wir, dass zukünftig nur noch derjenige in die Handwerksrolle beziehungsweise mit einem zulassungsfreien Handwerk in das diesbezügliche Verzeichnis der Handwerkskammern eingetragen werden kann, der ihr gegenüber seine gesetzlich vorgeschriebene Krankenver-

sicherung oder eine anderweitige Absicherung im Krankheitsfall nachgewiesen hat.

Der Gesetzgeber hat zwar in den letzten Jahren einen großen Teil unserer Forderungen aufgegriffen und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit damit wirksame neue Instrumente zur Schwarzarbeitsbekämpfung an die Hand gegeben. Immer wieder stellen wir aber fest, dass die FKS bei der täglichen Kontrolltätigkeit auf Baustellen und in Lohnbüros die falschen Schwerpunkte setzt, etwa indem sie fahrlässige Formalverstöße gegen gesetzliche Bestimmungen eher zum Anlass für Bußgeldbescheide nimmt als das vorsätzliche Vorenthalten von Arbeitsentgelt und Sozialversicherungsbeiträgen.

Wir erwarten deshalb, dass sich die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mehr als bisher um die wirklichen Probleme der illegalen Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit und Scheinwerkvertragsbeschäftigung kümmert, welche zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen gegenüber den gesetztes- und tariftreuen Betrieben führen.

Zunehmend stellen wir organisierte Strukturen und organisierte Kriminalität auf den Baustellen fest. Diese müssen Schwerpunkte zielgerichteter Prüfungen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit werden. Darüber hinaus erscheinen auch diesbezügliche Ergänzungen des Strafrechts als Reaktion auf diese organisierte Kriminalität im Bereich der illegalen Beschäftigung notwendig. Wir fordern deshalb zur Ergänzung des Straftatbestands des Vorenthalten und Veruntreuens von Arbeitsentgelt (§ 266a StGB) einen eigenen Straftatbestand für die bandenmäßige Begehung dieses Deliktes.

Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass auch nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, der in allen Wirtschaftszweigen ohne tarifliche Branchenmindestlöhne gilt, die Bauwirtschaft ein Prüfschwerpunkt für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit bleibt.

Der Sache auf den Grund gehen

Alles Gute kommt von oben – oder von unten. Ob sauberes Wasser aus tief gelegenen Grundwasserschichten oder Wärme aus dem Erdinneren; ohne Brunnenbauer ist da kein Drinkommen. Früher reichte dafür vielleicht noch eine Schaufel. Heute geht ohne Hightech gar nichts: Wenn wir tief und mit großem Durchmesser bohren, sind Computer, Theodolit, Nivelliergerät und weiteres technisches Gerät unser tägliches Handwerkzeug. Damit das rauskommt, was wir suchen. Und sonst nichts.



**BUNDESFACHGRUPPE
BRUNNENBAU, SPEZIALTIEFBAU
UND GEOTECHNIK**

Im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes



Brunnenbauer sind wichtige Handwerker, sind sie doch für die Versorgung mit Trinkwasser verantwortlich. In der Geothermie liegt ein Aufgabenfeld für die Zukunft - die Versorgung mit Erdwärme. Ohne Wasser kann der Mensch nicht leben und ohne Brunnen kommt er nicht an diese wichtige Lebensressource heran. Daher ist der Brunnenbau



*Deutscher Meister 2013
der Brunnenbauer:
Gian Rudolph aus Celle
in Niedersachsen.*

eines der ältesten Handwerke, das sich jedoch im Laufe der Zeit technisch stark verändert und um Aufgaben erweitert hat.

In früheren Jahrhunderten war der Bau von Brunnen schwere Handarbeit. Heute haben neue Bauverfahren, Geräte und Computerisierung Eingang in den Brunnenbau gefunden. Die Erschließung großer

Bohrtiefen und große Bohrdurchmesser sind heutzutage tägliche Praxis für die Fachbetriebe des Brunnenbaus. Des Weiteren sind die Mitgliedsbetriebe der Bundesfachgruppe auch in den verschiedensten Bereichen des Spezialtiefbaus und in der Geothermie tätig.

BAUNORMUNG

PRAXISGERECHTE BAUNORMEN SIND ALS GRUNDLAGE FÜR FEHLERFREIE PLANUNG UND AUSFÜHRUNG VON BAUWERKEN UNVERZICHTBAR. AUCH WEIL DIE ANSPRÜCHE AN UNSERE BAUWERKE STÄNDIG WACHSEN, MÜSSEN DIE VERSCHIEDENEN TECHNISCHEN REGELWERKE SICHER HANDHABBAR UND UNTEREINANDER WIDERSPRUCHSFREI SEIN.

Baunormung reformieren – Regelungsflut stoppen

Unsere Bauwerke sind als Unikate bei Planung und Errichtung ganz überwiegend von zunehmender Komplexität geprägt. Im Gegensatz zur Industrieproduktion gibt es im Bauwesen keine Prototypen oder Vorserien. Daher müssen Planung und Ausführung auf Anhieb perfekt gelingen. Jede notwendig gewordene Korrektur während oder nach der Bauphase wird als Mängelbeseitigung bewertet, die zudem erhebliche Schadensersatzansprüche nach sich ziehen kann.

Daher braucht der Bausektor Normen und technische Regelwerke, die dem Unikatcharakter Rechnung tragen, indem sie gut verständlich und leicht anwendbar sind. Innovationen und permanent steigende Anforderungen an Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit haben die Baunormung in den letzten Jahren stark geprägt.

Allein im DIN-Normenausschuss Bau hat sich die Anzahl der Normen innerhalb der letzten acht Jahre um 80 Prozent auf derzeit ca. 2.500 Normen erhöht. Schätzungen gehen von über 5.000 für den Hochbau relevanten Regelwerken aus. Leider hat auch der Umfang der einzelnen Normen stetig zugenommen, wobei sich die Überarbeitungszyklen zum Teil drastisch reduziert haben.

Die Praktiker in Planung und Ausführung fühlen sich von dieser Normenflut zu Recht überfordert. Seit Langem fordert der ZDB eine praxisgerechte Baunormung. Dazu zählen knapp gefasste, leicht verständliche und sicher handhabbare Normen, die sich auf die Regelung wesentlicher Inhalte konzentrieren.

Bauproduktensicherheit für Bauwirtschaft und Verbraucher unverzichtbar

Die europäischen Bauproduktnormen enthalten nicht alle für die Sicherheit der Bauprodukte erforderlichen Anforderungen. Ferner fehlt in der euro-

päischen Produktnormung eine unabhängige Produktüberwachung durch staatlich anerkannte Prüfstellen. Die europäische Bauproduktnormung gewährleistet leider im Vergleich zur ursprünglichen nationalen Bauproduktnormung nicht die Bauproduktensicherheit und ist daher zu reformieren. Bedauerlicherweise war die EU-Kommission mit einer Klage gegen Deutschland wegen zusätzlicher nationaler Anforderungen an europäisch genormte Bauprodukte vor dem Europäischen Gerichtshof erfolgreich. Solange die europäische Bauproduktenormung unzulänglich ist, muss die Bundesregierung daher Wege finden, sicherheitsrelevante Bauprodukteneigenschaften auch durch eine entsprechende Produktüberwachung zu gewährleisten.

Mit der Statik spielt man nicht

Statik und Brandschutz eines Bauwerks dürfen nicht durch schwer anwendbare Regelwerke verbunden mit einem erhöhten Risiko von Anwendungsfehlern gefährdet werden.

Die erste Generation der EUROCODES zur statischen Bemessung von Baukonstruktionen ist mit ca. 7.000 Seiten Umfang und wegen der sehr komplexen Bemessungsverfahren praktisch nur mit Hilfe von EDV-Tools anwendbar, die von Tragwerksplanern als „Blackbox“ kritisiert werden. Die nicht praxisgerechten europäischen Regelwerke erhöhen somit das Risiko von Fehlern in der Baustatik.

Die EUROCODES stehen derzeit zur Überarbeitung in den europäischen Normungsgremien an. Gemäß dem Mandat der EU-Kommission sollen die EUROCODES im Sinne einer besseren Handhabbarkeit („Ease of Use“) verschlankt werden. Der ZDB beteiligt sich in der Initiative „PraxisRegelnBau“ an der pränormativen Arbeit zur Verbesserung der EUROCODES, wodurch von deutscher Seite Konsolidierungsvorschläge für die EUROCODES in die europäischen Normungsgremien eingebracht werden können.

Europäische Baunormungsstrategie erforderlich

Europa wächst zusammen und der europäische Bauproduktmarkt ist längst Realität. Deshalb sind einheitliche europäische Baustandards wünschenswert. 60 Prozent der Baunormen sind bereits europäischen oder internationalen Ursprungs.

Allerdings erreichen diese Standards häufig aus deutscher Sicht nicht die ursprüngliche Qualität der deutschen Baunormen. Insbesondere im Zuschnitt willkürliche europäische Baunormen greifen in das



noch bestehende, seit Jahrzehnten weiterentwickelte nationale Normungssystem nicht immer zu dessen Vorteil ein.

Daher fordert der ZDB eine europäische Baunormungsstrategie, wobei ein europäisches Lenkungsgremium für die Baunormung im europäischen Normungsinstitut CEN geschaffen werden muss.

Baunormung muss die Interessen der Wertschöpfungskette Bau berücksichtigen

Zunehmend wird die Baunormung leider von nicht an der Baupraxis orientierten Partikularinteressen geprägt. Die Wertschöpfungskette Bau muss oftmals gegen ihren entschiedenen Widerstand die Verwissenschaftlichung von Normen hinnehmen, da das Vetorecht der wirtschaftlich von der Normung Betroffenen vom Deutschen Institut für Normung (DIN) abgeschafft wurde.

Der ZDB hat deshalb gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und weiteren kommunalen Spitzenverbänden sowie Verbänden der Wertschöpfungskette Bau in einem dringenden

Appell an das Bundesumwelt- und Bauministerium sowie an das Bundeswirtschaftsministerium die Einrichtung einer Reformkommission Baunormung gefordert.

Grundsätzlich müssen die wirtschaftlich betroffenen Hauptakteure der Wertschöpfungskette Bau – von öffentlichen und privaten Investoren über Planer und Bauproduktenindustrie bis hin zur Bauwirtschaft – einen größeren Einfluss auf die Qualität der Baunormung wiedererlangen.

Preiswerter Zugang zu Baunormen für ZDB-Mitglieder

In Kooperation mit dem Beuth-Verlag bietet der ZDB exklusiv für seine Mitgliedsunternehmen das ZDB-Normenportal zu sehr günstigen Konditionen an. Über 600 von den Bundesfachgruppen ausgewählte Regelwerke stehen den Nutzern des Normenportals zum Download zur Verfügung. Hierdurch wurde eine komfortable und preiswerte Möglichkeit für die Mitgliedsunternehmen geschaffen, die einschlägigen Baunormen in stets aktueller Fassung zu halten.



**BUNDESFACHGRUPPE
WÄRME-, KÄLTE-, SCHALL-
UND BRANDSCHUTZ**

im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes



Die Isolierfachunternehmen verstehen sich als Partner für fachgerechte Isolierungen für alle Anforderungen. Es umfasst das Engineering, die Herstellung in den Werkstätten bis hin zur Montage vor Ort. Zu ihrem Betätigungsfeld gehören Entwurf, Herstellung und Instandhaltung von Dämmungen gegen Wärme, Kälte und Schall einschließlich des Oberflä-

Ich halte dicht – garantiert

Wenn Wärme drinnen, Kälte draußen und Lärm erträglich bleiben sollen, ist Dämmung gefragt. Da gilt es, für unterschiedliche Anforderungen das jeweils beste Material zu kennen, dieses sachgerecht und passgenau zu verarbeiten und eine Vielzahl technischer Voraussetzungen akribisch zu beachten. In Zeiten, in denen Klimaschutz und Energieverbrauch immer dringlicher werden, ist Isolierung ein heißes Eisen – das sie ohne uns nicht einmal anpacken könnten.

*Deutscher Meister 2014
der Wärme-, Kälte- und
Schallschutzisolierer
ist Kevin Eppinger
aus Schenefeld in
Schleswig-Holstein.*

chenschutzes, insbesondere als Ummantelung. Das Betätigungsfeld umfasst auch die Sperrung gegen Feuchtigkeit sowie die Herstellung und Instandhaltung von Dämpfungen gegen Schwingungen und Abschirmungen gegen Strahlen an Gebäuden und technischen Anlagen sowie an Fahrzeugen und Schiffen. Umweltschutz und Energieeinspa-

rung – das sind die wichtigsten Aufgaben des Isolierhandwerks. Da energiesparende Maßnahmen am Hochbau wie auch an Heizungs-, Sanitär- und Kälteanlagen und beim Industriebau erforderlich sind, gewinnen fachmännische Wärme-, Kälte-, Schall- und Brandschutzisolierungen und der Trocken- und Akustikbau weiter an Bedeutung.

VERGABERECHT

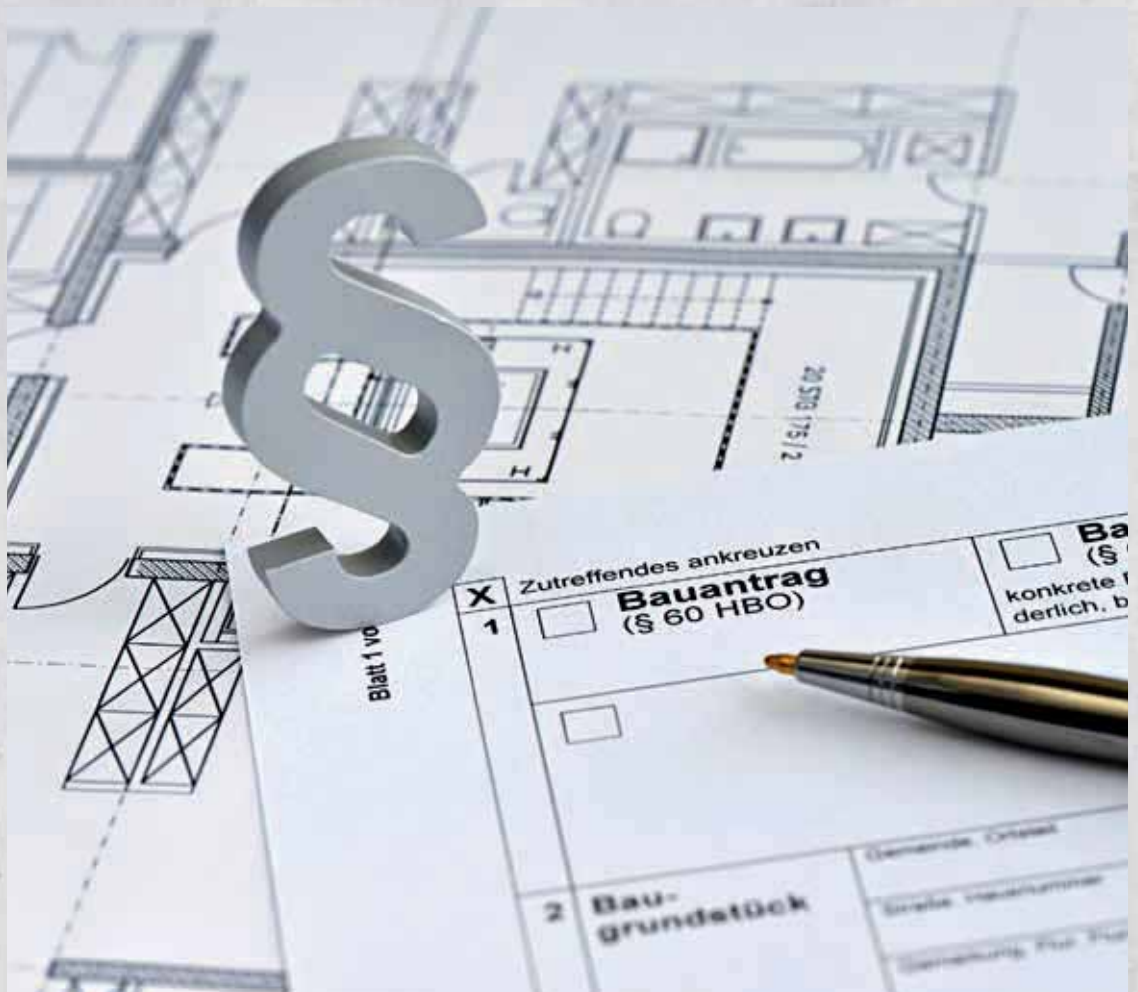
DIE EUROPÄISCHEN VERGABERICHTLINIEN SIND IM APRIL 2014 IN KRAFT GETRETEN UND MÜSSEN BIS APRIL 2016 IN DEUTSCHES RECHT UMGESETZT WERDEN.

Die Bundesregierung hat im Januar 2015 Eckpunkte zur Reform des Vergaberechts als Leitlinien für die Umsetzung der EU-Vergaberichtlinien beschlossen.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei unter anderem, dass zur Verbesserung der Teilnahme von kleinen und mittleren Unternehmen an öffentlichen Beschaffungen erstmals auch auf europäischer Ebene die Möglichkeit der Unterteilung von Aufträgen in Lose vorgesehen ist. Im deutschen Vergaberecht haben wir mit § 97 Abs. 3 GWB bereits eine Vorschrift, die die Teilnahme von kleinen und mittleren Unternehmen an öffentlichen Aufträgen

wirksam sicherstellt. Wir begrüßen es daher, dass in den Eckpunkten zur Reform des Vergaberechts explizit festgehalten wird, dass im deutschen Vergaberecht der Grundsatz beibehalten werden soll, wonach Aufträge verpflichtend in Lose aufzuteilen sind. Wir unterstützen es ausdrücklich, dass die Bundesregierung bei diesem Aspekt auch weiterhin über die europäischen Mindestanforderungen hinausgehen will.

Gleichermaßen bedeutsam ist es, dass die Vergabe öffentlicher Bauaufträge weiterhin in der VOB/A geregelt wird. Durch die Mitwirkung der von den Regeln unmittelbar Betroffenen im Deutschen Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen (DVA) ist sichergestellt, dass auch in Zukunft ausgewogene Regelungen festgelegt werden können, die praxisnah eine breite Akzeptanz auf allen Seiten finden. Daher begrüßen wir es, dass nach den Eckpunkten der Bundesregierung die Regeln für öffentliche Bauaufträge in der VOB/A normiert werden sollen.





Für die praktische Handhabbarkeit des Vergaberechts ist für Unternehmen wie Vergabestellen von großer Bedeutung, dass bei der Einführung der „Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung“ darauf geachtet wird, das im Baubereich seit Jahren etablierte Präqualifizierungssystem (PQ VOB) nicht zu verdrängen. Dieses hat sich als wirksames Mittel zur Entbürokratisierung bewährt und sollte – wie es die Eckpunkte vorsehen – durch die „Einheitliche Europäische Eigenerklärung“ sinnvoll ergänzt werden.

Gerade für die kleinen und mittleren Betriebe ist von großer Bedeutung, dass sich die sogenannten vergabefremden Aspekte – also insbesondere Umwelt- und Sozialaspekte – stets konkret auf den entsprechenden Auftrag beziehen müssen und keine allgemeinen Anforderungen an das Unternehmen aufgestellt werden dürfen.

Wir werden uns im Rahmen der Umsetzung der europäischen Vorgaben für die oben genannten Aspekte einsetzen.

Wir machen Boden gut

Ein Fußboden ist heute ein ziemlich komplexes Stück Technik, das filigranes Handwerk verlangt. Wir bauen schall- und Wärmedämmungen ein, kennen uns mit verschiedenen Estricharten aus und legen unseren Kunden die Welt so zu Füßen, wie diese es am liebsten haben. Dafür ist einiges an Vorbereitung nötig: Vor dem eigentlichen Legen vermessen wir die Höhe vom Untergrund und sorgen für den richtigen Sitz von Wärme- und Trittschalldämmung. So bleiben bloße Füße warm und High Heels für den Nachbarn nervenschonend.

**BUNDESFACHGRUPPE
ESTRICH UND BELAG**

im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes



Die Fachbetriebe des Estrichlegerhandwerks sind in jeder Gebäudeart – ob Wohnbauten, Industrieanlagen oder öffentliche Bauten – gefordert. Je nach Verwendungszweck und Kundenwünschen erstellen Estrichleger mit den unterschiedlichsten Techniken und Materialien optimale Fußbodenkonstruktionen. Zuvor findet eine intensive Beratung statt, damit die



*Silbermedaille der
Estrichleger 2012:
Marco Delp aus
Fränkisch-Crumbach
in Hessen.*

bestehenden technischen und gesetzlichen Anforderungen an den Fußbodenaufbau berücksichtigt werden. Die Fachbetriebe des Estrichlegerhandwerks wissen, welche Konstruktion sich am besten für die jeweiligen Anforderungen eignet. In der Praxis und durch die Weiterentwicklung der verwendeten Materialien gibt es heute zahlreiche Möglichkeiten zur

Gestaltung des Fußbodens: schwimmender Estrich, auf Trennschicht verlegter Estrich oder Verbundestrich, Spezialestriche als Unterlage und begehbare Estriche mit künstlerischer Gestaltung. Dazu kommen alle Arten von Versiegelungen, Beschichtungen, Imprägnierungen und das Verlegen von Belägen wie Textilien, Gummi, Korb oder Kunststoff.

RECHT UND STEUERN

Gesetz zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr

Das Gesetz zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr, das am 29. Juli 2014 in Kraft getreten ist, stellt einen maßgeblichen Erfolg der Lobbyarbeit des ZDB im Jahr 2014 dar.

Während wir in der letzten Legislaturperiode eine deutliche Verschlechterung durch die Umsetzung der Brüsseler Vorgaben verhindern konnten, haben wir im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens in der neuen Legislaturperiode unsere zentralen Forderungen durchsetzen können.

Nach wie vor sind Zahlungsausfälle und die damit verbundenen Liquiditätsgpässe Insolvenzgrund Nr. 1 für Bauunternehmen. Die Baubetriebe müssen in Vorleistung treten und Material, Löhne, Steuern und Sozialabgaben vorfinanzieren, bevor sie die Vergütung für ihre Arbeit erhalten. Daher leiden sie besonders unter den finanziellen Folgen ausbleibender Zahlungen. So hat es sich eingebürgert, dass sich marktstarke Auftraggeber in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu Lasten schwächerer Vertragspartner lange Zahlungsziele einräumen und so auf Kosten der Baubetriebe Liquidität verschaffen. Das Gesetz zur Bekämpfung von Zahlungsverzug

mit seiner Ergänzung des AGB-Rechts ist die richtige Antwort darauf, indem es wirksame Grenzen bei der Gestaltung von Zahlungsfristen setzt. In BGB-Verträgen sind Zahlungsfristen von mehr als 30 Tagen und Abnahmefristen von mehr als 15 Tagen grundsätzlich unwirksam. In VOB-Verträgen bleibt es bei den bereits durch die VOB/B 2012 maßgeblich verkürzten Fristen des § 16 VOB/B.

Gesetz zur Umsetzung der EU-Verbraucherrechterichtlinie

Im Jahr 2014 haben wir uns intensiv mit der Umsetzung der EU-Verbraucherrechterichtlinie in deutsches Recht befasst. Durch das Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie werden die Verbraucherrechte seit dem 13. Juni 2014 weiter gestärkt und ausgeweitet. Das Gesetz beinhaltet neben umfangreichen Informationspflichten, die die Unternehmer künftig gegenüber Verbrauchern erfüllen müssen, ein erweitertes Widerrufsrecht der Verbraucher. Dem Verbraucher steht nunmehr grundsätzlich bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen sowie Fernabsatzverträgen ein Widerrufsrecht zu.

Der ZDB hat über die gesetzlichen Neuerungen und die Auswirkungen in der Praxis in einem umfangreichen Leitfaden informiert. Weiterhin haben wir die zusammen mit Haus & Grund erstellten Verbraucherbauverträge zum Stichtag dahingehend aktualisiert, dass das verbraucherseitige Widerrufs-





recht mitsamt entsprechender Widerrufsbelehrung eingearbeitet worden ist. Im Rahmen von zahlreichen Seminaren haben wir in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden die interessierten Mitgliedsbetriebe informiert und dahingehend geschult, wie mit den Neuerungen – insbesondere dem Widerrufsrecht – in der täglichen Praxis umzugehen ist.

Die sich in der Anwendung des Gesetzes zur Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie ergebenden Auslegungs- und Anwendungsprobleme haben wir in einer Übersicht zusammengefasst, die in Zusammenarbeit mit dem ZDH an das zuständige Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz mit dem Ziel weitergeleitet werden soll, dass das BMJV eine Art Praxisleitfaden zur Lösung der drängendsten Probleme und Fragen herausgibt.

Umkehr der Steuerschuldnerschaft

Bei der Umsatzsteuer haben wir wesentliche Verbesserungen für die Betriebe bei der Umkehr der Steuerschuldnerschaft, § 13b UStG, erzielt. Eine Entscheidung des Bundesfinanzhofs, die von der Finanzverwaltung übernommen wurde, hatte große Rechtsunsicherheit bei den Bauunternehmen hervorgerufen, wer die Umsatzsteuer schuldet.

Wir haben gemeinsam mit anderen Verbänden im Parlament die Änderung des Umsatzsteuergesetzes mit Geltung ab 1. Oktober 2014 erreichen können. Danach schuldet zukünftig wieder der Leistungsempfänger die Umsatzsteuer, wenn er nachhaltig

Bauleistungen erbringt. Die Nachhaltigkeit wird durch das Finanzamt mittels eines neuen Formulars bescheinigt. Dadurch ist es uns gelungen, die Rückkehr zu den bisher bewährten Grundsätzen und dadurch mehr Rechtssicherheit bei der Umsatzbesteuerung von Bauleistungen zu erwirken.

Ferner konnten wir die Einführung einer Abtretungsmöglichkeit für Altfälle (§ 27 Abs. 19 UStG) erreichen. Fordert der Bauträger die Steuer zurück, obwohl die Parteien übereinstimmend von der Anwendung des § 13b UStG ausgegangen waren, wird der Bauleistende zwar Schuldner der Umsatzsteuer, er kann aber seine Steuerschuld durch Abtretung seines Umsatzsteueranspruchs gegen den Leistungsempfänger an das Finanzamt begleichen. Die Abtretung wirkt dann an Zahlungs statt; die Liquidität des Bauunternehmens wird geschont.

EUROPAPOLITIK

Transparenzinitiative

Nach einer Mitteilung der EU-Kommission vom Oktober 2013 sollen die reglementierten Berufe und deren Zugangsvoraussetzungen europaweit untersucht werden. Die Mitgliedstaaten sollen in einer gegenseitigen Evaluierung die Beschränkungen des Zugangs zu bestimmten Berufsgruppen überprüfen. Der Begriff „reglementierter Beruf“ umfasst u. a. auch handwerkliche Bauberufe (Anlage A der Handwerksordnung).

Durch diese Evaluation droht Gefahr für die Meisterpflicht in den Bauberufen sowie das duale Ausbildungssystem in Deutschland.

In ihrer Mitteilung legt die EU-Kommission einen engen Zeitplan für die Mitgliedstaaten zur Durchführung der Evaluation bis Frühjahr 2016 vor. Der ZDB hat dem federführenden Bundeswirtschaftsministerium für alle betroffenen Bauberufe umfangreiche Materialien zur Rechtfertigung der Zulassungspflicht zugearbeitet. Die Bundesfachgruppen haben hierbei detaillierte Angaben zu den von der Kommission aufgerufenen Themenfeldern zusammengestellt und damit veranschaulicht, dass eine Zulassungspflicht für die in Rede stehenden Bauberufe notwendig ist.

Gleichermaßen haben wir für die Bauberufe, die bei der HwO-Novelle von 2004 aus der Anlage A heraus-



genommen worden waren, schlagende Argumente geliefert, um eine Wiederaufnahme in diese zu erreichen. Hierbei haben wir vor allem mit den statistisch belegbaren Auswirkungen der Reform wie z. B. dem starken Rückgang der Ausbildungsleistung, der nachlassenden Qualität, dem Verlust sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse und der Atomisierung der Betriebsstruktur argumentiert.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat daraufhin im September 2014 Angaben zu allen 41 Anlage-A-Berufen in die Datenbank der EU-Kommission eingestellt. Diese Angaben dienen als Grundlage für die Bewertung der Mitgliedstaaten untereinander. Bis April 2015 sollen die Mitgliedstaaten nationale Aktionspläne vorlegen, in denen bereits eingeleitete und künftige Maßnahmen zur Öffnung des Berufszugangs skizziert werden. Im November 2015 wird die Kommission einen Abschlussbericht vorlegen und ggfs. Abhilfemaßnahmen vorschlagen.

BERUFSBILDUNG

Berufsausbildung

ZDB und HDB streben gemeinsam eine **Novellierung der Verordnung über die Berufsausbildung in der Bauwirtschaft** an und haben einen Konsens zu wesentlichen Positionen erzielt. Im Mittelpunkt stehen eine Veränderung der Ausbildungsinhalte, der Anteile der überbetrieblichen Ausbildungszei-

ten und damit eine Flexibilisierung der Ausbildung. HDB und ZDB haben sich auf eine Mindestdauer der verpflichtenden überbetrieblichen Ausbildung von 28 Wochen als Untergrenze verständigt. Darüber hinaus soll den Ausbildungsbetrieben die Möglichkeit einer überbetrieblichen Ausbildung für weitere bis zu 13 Wochen mit einer Inanspruchnahme von Erstattungsleistungen der ULAK für eine überbetriebliche Ausbildung von insgesamt bis zu 41 Wochen gegeben werden. Ein erstes Gespräch mit der IG BAU hat bestehende Problembereiche deutlich gemacht, die zwischen den Sozialpartnern gelöst werden müssen.

Mit dem **Pilotprojekt „Berufsstart Bau“** sollen unversorgte Ausbildungsplatzbewerber auf eine Ausbildung im Baugewerbe vorbereitet werden, die bisher keine Chance auf einen Ausbildungsplatz hatten. Die Finanzierung des Pilotprojekts, das in den überbetrieblichen Ausbildungszentren durchgeführt und durch Betriebspraktika ergänzt wird, erfolgt durch die SOKA-BAU. In der Projektphase 2013/14 haben 68 Prozent – das heißt mehr als zwei Drittel – der Teilnehmer, die die Maßnahme vollständig durchlaufen haben, anschließend einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten.

Die hohe Qualität der überbetrieblichen Ausbildung ist in der ersten Phase der Qualitätskontrolle in den überbetrieblichen Ausbildungsstätten bestätigt worden. Tarifvertraglich ist vorgesehen, die **Qualitätsanforderungen an überbetriebliche Ausbildungsstätten** wiederkehrend ab 1. August 2015 zu prüfen (Wiederholungsprüfung). Damit soll sichergestellt werden, dass die Ausbildungsstätten auch dauerhaft die Qualitätskriterien gemäß § 25 BBTV erfüllen und den Anforderungen der Betriebe an eine qualitativ hochwertige Ausbildung gerecht werden. Die durch die SOKA-BAU und die drei Tarifvertragsparteien durchgeführte Evaluierung trägt zur Weiterentwicklung bzw. Nachjustierung der festgelegten Qualitätskriterien bei.

Berufswettbewerbe

Bei der **63. Deutschen Meisterschaft in den handwerklichen Berufen** traten vom 8. bis 10. November 2014 im Komzet Bau Bühl rund 60 Teilnehmer an, um die deutschen Meister in den Berufen Beton- und Stahlbetonbauer, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Maurer, Straßenbauer, Stuckateur, Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer sowie Zimmerer zu ermitteln. Die Bundessieger wurden mit Gold-, Silber- und Bronzemedailles, die der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes als Veranstalter der Meisterschaften vergibt, geehrt.

Die **EuroSkills** fanden vom 2. bis 4. Oktober 2014 in Lille statt. Der ZDB hat an den Wettbewerben in den Berufen Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Maurer, Straßenbauer sowie Stuckateur sehr erfolgreich teilgenommen. Die Stuckateure Valmir Dobruna und Marc Armbrüster errangen eine Goldmedaille und erhielten für ihre sensationelle Leistung noch die Auszeichnung „Best of Nation“. Sie errangen die höchste Punktzahl von allen deutschen Teilnehmern. Silber ging an den Fliesen-, Platten und Mosaikleger Volker Rosenberg sowie die beiden Straßenbauer Sebastian Falz und Sebastian Full. Der Maurer Sven Jungmann erhielt eine Medallion for Excellence und errang Platz 5.

SOZIAL- UND TARIFPOLITIK

Tarifpolitik

In der **Lohnrunde 2014** standen wir unrealistischen Erwartungen der Gewerkschaft gegenüber: Die IG BAU forderte Einkommensverbesserungen mit einem Gesamtvolumen von 7,0 Prozent. Ohne Schlichtung und für eine Laufzeit von zwei Jahren ist uns gleichwohl ein maßvoller Lohnabschluss mit Entgelterhöhungen von 3,1 Prozent im Jahre 2014 und 2,6 Prozent im Jahre 2015 gelungen, der sich gut in das tarifpolitische Umfeld – insbesondere des mit uns konkurrierenden Ausbaugewerbes – einfügt. Auch im Hinblick auf die Fachkräftesicherung bleiben wir mit unseren Facharbeiterlöhnen damit ein attraktiver Wirtschaftszweig.

Deutlich nachhaltiger als der Lohnabschluss wird die Schließung des alten ZVK-Systems und der Aufbau einer völlig kapitalgedeckten **Tarifrente Bau** wirken. Die betriebliche Altersversorgung gewinnt sozial- und tarifpolitisch zunehmend an Bedeutung. Das gesetzliche Rentenniveau sinkt, eine zusätzliche Altersversorgung ist inzwischen mit berufswahlentscheidend. Deshalb war es uns wichtig, das nicht mehr attraktive ZVK-Rentenbeihilfesystem durch eine individuelle Tarifrrente abzulösen und die tarifliche Zusatzversorgung auf lange Sicht demografiefest zu machen.

Sozialpolitik

In der **Mindestlohn**debatte, in der wir als Vorreiter allgemeinverbindlicher Branchenmindestlöhne gel-

ten, sind wir durch eine neugeschaffene gesetzliche Verpflichtung zur Aufzeichnung der Arbeitszeit von Angestellten überrascht worden. Zumindest eine Einschränkung dieser Aufzeichnungspflicht durch Einführung einer Verdienstgrenze haben wir erreichen können. Angesichts der wirklichen Gefahr von Mindestlohnunterschreitungen und des bürokratischen Aufwands halten wir diese aber für deutlich zu hoch.

Alle tariflichen Regelungen für das Baugewerbe basieren auf der Grundlage allgemeinverbindlicher Tarifverträge. Insbesondere die **Funktionsfähigkeit** unserer gemeinsamen Einrichtungen (**SOKA-BAU**) hängt von der allgemeinverbindlichen Wirkung der Sozialkassentarifverträge ab. Deshalb begrüßen wir die von uns seit Langem geforderten gesetzlichen Neuregelungen, mit denen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtert werden soll.

Gegenüber der Europäischen Kommission in Brüssel konnten wir die vorgesehene deutliche Verschlechterung der Kontrollmöglichkeiten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit durch eine sogenannte **Durchsetzungsrichtlinie**, welche kontraproduktiv gewirkt hätte, verhindern. Vor allem verdachtsunabhängige Mindestlohnkontrollen auf den Baustellen und die bewährten deutschen Haftungsregelungen für nicht abgeführte Mindestlöhne, Urlaubskassenbeiträge und Sozialversicherungsbeiträge bleiben erhalten.





BETRIEBSWIRTSCHAFT

Unternehmensfinanzierung

Wie jedes Jahr beteiligte sich der ZDB mit seinen Mitgliedsunternehmen an der **KfW-Umfrage zur Unternehmensfinanzierung**: Die Finanzierungssituation der Unternehmen hatte sich in den letzten zwölf Monaten (April 2013 bis März 2014) nochmals verbessert. Strukturelle Probleme gibt es jedoch weiterhin bei kleinen und jungen Unternehmen: Die Schere zwischen großen Unternehmen einerseits und kleinen oder jungen Unternehmen andererseits hat sich allerdings deutlich verringert. Als Ursache ihrer Finanzierungsprobleme meldeten 84 Prozent der betroffenen Bauunternehmen die Höhe geforderter Sicherheiten.

Die Finanzkennzahlen haben sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Die Investitionsneigung war demgegenüber zu gering: Viele Unternehmen tätigten nicht einmal die notwendigen Ersatzinvestitionen in Höhe der Abschreibungen. Dies trug neben den hohen Eigenkapitalquoten der Unternehmen zum Rückgang der von den Banken vergebenen Kredite bei.

Gefahren für die Finanzierung der Baubranche aufgrund von Basel III sieht der ZDB in erster Linie

bei der Langfristfinanzierung, bei den geforderten Sicherheiten und den Zinskonditionen. Schon heute sind nicht alle Unternehmer in der Lage, die Anpassung ihrer Zinskonditionen gegenüber der Bank durchzusetzen, wenn sich die Bonität des Unternehmens verbessert hat, höhere Sicherheiten hinterlegt wurden oder der Leitzins gesunken ist.

Unternehmensführung

Im Frühjahr 2014 hat der ZDB den **Leitfaden „Strategieentwicklung im Bauunternehmen“** herausgegeben. Der Leitfaden soll die Bauunternehmer für die Notwendigkeit der strategischen Planung sensibilisieren, Grundlagenwissen vermitteln und passende Arbeitsmittel zur Verfügung stellen.

Der **Leitfaden zur Fachkräftesicherung** legt den Schwerpunkt auf zwei Bereiche: zum einen auf die Präsentation des Unternehmens als „attraktiver Arbeitgeber“, um Auszubildende und Fachkräfte zu gewinnen. Zum anderen darauf, dass der Unternehmer alle Bemühungen daransetzt, das vorhandene Personal mit engagierter Mitarbeiterführung, Fortbildungsangeboten und einem guten Betriebsklima im Unternehmen zu halten.

Rechnungswesen

Der ZDB befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr intensiv mit dem neuen **BMF-Schreiben zu den**

GoBD (Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff). Das BMF-Schreiben ist nach 18-monatigem intensivem Dialog zwischen BMF und Wirtschaftsverbänden, darunter maßgeblich dem ZDB, im November veröffentlicht worden.

Innerhalb des ZDB wurde das Modell zur „**Gemeinkostentrennung**“ von Prof. Lothar Ruf bei Angeboten für die öffentliche Hand diskutiert: Ziel dieses Ansatzes ist eine größere Kostentransparenz, die u. a. der Durchsetzung von Bauzeitverlängerungsnachträgen zugutekommen soll. In Anlehnung an dieses Modell sind im Saarland und in NRW bereits Straßenbauprojekte ausgeschrieben worden. Die neuen Regelungen sind jedoch nicht zielführend. Schon heute sind die Bauherren laut VOB gehalten, die Einrichtung, Vorhaltung und Räumung der Baustelle separat auszuschreiben. Würde dies konsequent umgesetzt, so wären auch im Streitfall die entsprechenden Preisinformationen vorhanden, um sich über die Vergütung für eine Bauzeitverlängerung zu einigen.

Mit der regelmäßigen Aktualisierung der Schemata zu den **Lohn- und Gehaltszusatzkosten** gibt der ZDB den Unternehmen Zahlenmaterial an die Hand, das in der Kalkulation und für die Unternehmensplanung benötigt wird.

Jahresabschluss Themen wurden passgenau für die Bauunternehmer aufbereitet: Im vergangenen Jahr

waren das z. B. die Bewertung von Gewährleistungsrückstellungen, die Erstellung des jährlichen Lageberichts oder die vom **BilRUG** (Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz) geforderte neue Definition der GuV-Position „Umsatzerlöse“.

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien

Öffentliche Bauherren sehen im **Building Information Modelling (BIM)** eine Möglichkeit, Termin- und Kostenüberschreitungen bei größeren Projekten einzudämmen. Zumindest über die Nachunternehmerkette betrifft das Thema auch die Mitglieder des ZDB. Kernelemente von BIM sind die digitale Erfassung und Vernetzung aller relevanten Bauwerksdaten in einem gemeinsamen Datenmodell (3D-Modell plus Kosten plus Termine plus ...), die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Projektbeteiligten am Modell und darüber hinaus die Lebenszyklusbetrachtung.

Ganz grundsätzlich transportiert BIM Bauteilinformationen (Materialqualität, angewendete Verfahren, Maße etc.), etwa für die Ausführung von Bauleistungen, aber auch für den späteren Betrieb des Gebäudes. Damit der Transport funktioniert, bedarf es im nächsten Schritt eines IT-Standards, damit alle Baubeteiligten an demselben Gebäudemodell arbeiten können. An der Entwicklung dieses Standards ist der ZDB beteiligt. Über die vor Kurzem gegründete „Bauen Digital GmbH“, an der die gesamte Wertschöpfungskette des Bauens beteiligt ist, wird der ZDB die Interessen der kleinen und mittelständischen Bauunternehmen bei der Einführung neuer Standards und Planungsmethoden vertreten.

Im Rahmen des Forschungsvorhabens „**BIM-basiertes Bauen mit RFID**“ werden die von der „ARGE RFIDimBau“ erarbeiteten Grundlagen für die RFID-gestützte Erfassung, Kontrolle, Steuerung und Dokumentation von Prozessen über den Lebenszyklus eines Bauwerks zur Anwendungsreife gebracht. Im Rahmen des Projekts sollen die bisherigen Forschungsergebnisse auch jungen Fachkräften bekannt gemacht werden, um sie an die RFID-Technik heranzuführen. Zu diesem Zweck stellen die am Projekt beteiligten Hochschulen den Ausbildungszentren des Bauwesens einen mit RFID-Technik und Verarbeitungssoftware ausgestatteten, begehbaren Modulcontainer für Weiterbildungsveranstaltungen zur Verfügung. Der ZDB ist als Multiplikator am Projekt beteiligt und unterstützt die bundesweite Ausstellung des RFID-Containers auf Messen, Verbandstagen, an Ausbildungszentren und Universitäten sowie in Unternehmen.



Viele Teile, ein Ganzes

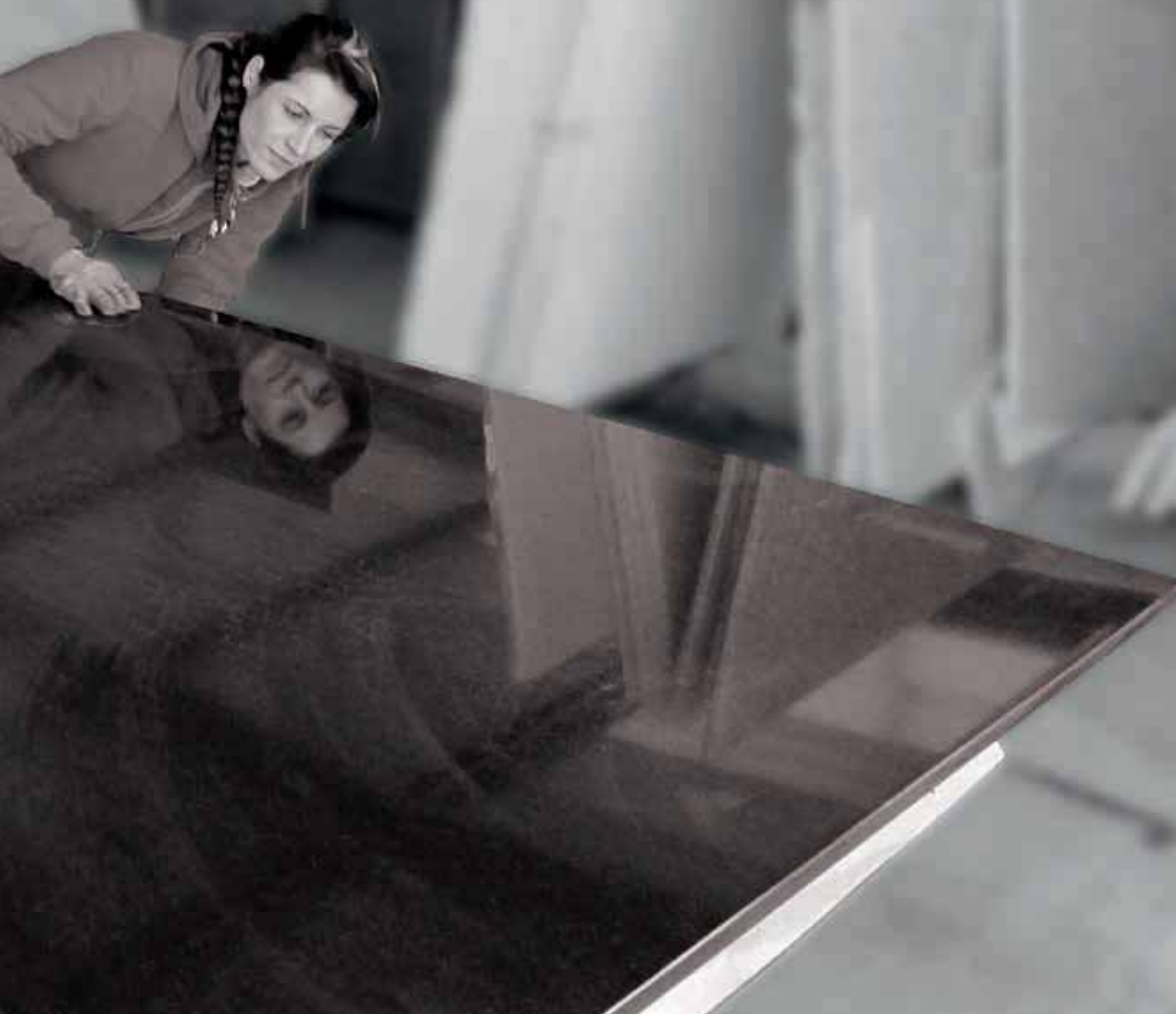
Bei Errichtung von Wohnbauten und im exklusiven Innenausbau, im Gewerbe- oder öffentlichen Bau, im Straßen- und Tiefbau, im Garten- und Landschaftsbau und im Industriebau werden Werksteine benötigt. Sie beschleunigen die professionelle Erstellung eines Projekts ganz erheblich. Wir stellen Werksteine in allen Farb- und Formgebungen her. Zu unseren Spezialgebieten gehören auf Kundenwunsch speziell individuell hergestellte Werksteine jeder Art.

**BUNDESFACHGRUPPE
BETONWERKSTEIN
FERTIGTEILE, TERRAZZO
UND NATURSTEIN – BFTN**
im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes



Werkstein ist der Oberbegriff von Betonwerkstein, Naturwerkstein und allen künstlichen Steinen. Auch Betonfertigteile oder bauseitig bearbeitete Bauteile wie Terrazzo gehören dazu. Die Fachbetriebe der Werksteinhersteller sind kompetente Ansprechpartner für die Herstellung, Planung, Konstruktion und Ausführung von Werksteinarbeiten.

*Josefine Teich,
Auszubildende zur
Beton- und Terrazzo-
herstellerin*



Das Leistungsbild der Betriebe umfasst Treppen und Bodenbeläge, insbesondere auch hochbelastete oder großformatige Bodenkonstruktionen sowohl für den Innen- als auch Außenbereich, im exklusiven Innenbau Elemente für die Küche und das Bad, aber auch Gestaltungselemente für die Innen- und Außenmöblierung, Betonfertigteile wie bei-

spielsweise für Fassaden oder auch das Herstellen von Werksteinen mit energetischen und ökologischen Funktionen.

Außerdem bieten die Betriebe die Erstellung von Terrazzoböden sowie Restaurations- und Instandsetzungsarbeiten und auch denkmalpflegerische Arbeiten an.

DEUTSCHER BAUGEWERBETAG UND OBERMEISTERTAG

„Herausforderung Umbau Deutschland – Meisterleistung oder Etikettenschwindel?“ unter diesem Motto stand der diesjährige Baugewerbetag, der am 5. November 2015 in Berlin stattfand. Zu Gast waren unter anderem Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen, und Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Im Rahmen des 7. Deutschen Obermeistertages wurden die Ehrenringe des Deutschen Baugewerbes, die Goldene Verdienstmedaille sowie die Konrad-Zuse-Medaille verliehen. Eröffnet wurde der 7. Deutsche Obermeistertag von Sigmar Gabriel, Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland und Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Die ZDB-Mitgliederversammlung wählte turnusgemäß einen neuen ZDB-Vorstand. Darüber hinaus wurde das Nationalteam des Deutschen Baugewerbes für seine ausgezeichneten Ergebnisse bei den EuroSkills geehrt.





DAS NATIONALTEAM IM BAUMINISTERIUM UND BEI DEN EUROSKILLS

Das Nationalteam des Deutschen Baugewerbes absolvierte am 30. und 31. August im Rahmen des Tags der Offenen Tür der Bundesregierung und zur Vorbereitung auf die Europameisterschaft der Berufe, EuroSkills 2014, ein zweitägiges öffentliches Abschlusstraining im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in Berlin. An hochrangigem Besuch sollte es dabei nicht mangeln. Die Bundesbau- und Umweltministerin Barbara Hendricks, der Parlamentarische Staatssekretär Florian Pronold sowie Staatssekretär Gunther Adler wünschten dem Nationalteam viel Erfolg für den bevorstehenden Wettbewerb, der vom 2. bis 4. Oktober im französischen Lille stattfand. Auch im vergangenen Jahr war das deutsche Nationalteam wieder überaus erfolgreich. Die Stuckateure Valmir Dobruna und Marc Armbrüster errangen eine Goldmedaille und erhielten für ihre sensationelle Leistung noch die Auszeichnung „Best of Nation“. Sie errangen die höchste Punktzahl von allen deutschen Teilnehmern. Silber ging an den Fliesenleger Volker Rosenberg sowie die beiden Straßenbauer Sebastian Falz und Sebastian Full. Der Maurer Sven Jungmann erhielt eine Medallion for Excellence und errang Platz 5.





DEUTSCHE MEISTERSCHAFT IN DEN BAUBERUFEN

Bei der 63. Deutschen Meisterschaft in den Bauberufen kämpften 55 Teilnehmer aus sieben Gewerken im Komzet Bau Bühl in Baden um die Gold-, Silber- und Bronzemedailles. Beton- und Stahlbetonbauer, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Maurer, Straßenbauer, Stuckateure, Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer sowie Zimmerer stellten in den ein- bis dreitägigen Wettbewerben ihr Können unter Beweis und zeigten Bestleistungen. Insgesamt wurden 21 Medaillen vergeben.





GESPRÄCHSKREIS MITTELSTAND

Am 2. und 3. April tagte der Gesprächskreis Mittelstand zur Baupolitik der neuen Legislaturperiode im Bundestag. Es galt, die ersten Ergebnisse der Baupolitik der Großen Koalition und deren Einschätzung durch die Opposition darzulegen und zu diskutieren, vor allem hinsichtlich der Themen Fachkräftesicherung, Verkehrsinfrastrukturinvestitionen, Pkw-Maut und Wohnungsbau.





FIEC-KONGRESS

Unter dem Motto „Fairen Wettbewerb in ganz Europa gestalten“ fand vom 26. bis 28. Juni der Kongress der europäischen Bauverbände (FIEC) nach 18 Jahren wieder in Berlin statt. Wichtige Programmpunkte waren dabei die Neuwahl des FIEC-Präsidiums, die Beschäftigung mit dem Bauproduktmarkt Europa und den ökonomischen Herausforderungen sowie die Jugendarbeitslosigkeit in den europäischen Staaten und Strategien dagegen.






BEGEGNUNG MIT DER POLITIK

Die Gesetzgebungsmaschine rollte und das Baugewerbe war im Einsatz. So standen Gespräche und Begegnungen mit Mitgliedern des Bundestags und Staatssekretären aus den Bundesministerien, politische Diskussionsrunden und Veranstaltungen mit Spitzenvertretern aus Politik und Wirtschaft auf der Tagesordnung.







*Jürgen Mathwig,
Unternehmer*

**BUNDESFACHGRUPPE
FEUERUNGS- UND
SCHORNSTEINBAU**

im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes



Unsere Mitgliedsbetriebe befassen sich sowohl mit Planung, Berechnung und Konstruktion als auch mit Erstellung, Instandhaltung (Wartung) sowie dem Rückbau von Bauwerken, die einer hohen thermischen Belastung von bis zu 1.800 °C standhalten. Dazu gehören die feuerfeste Auskleidung von Industrieöfen in der Eisen- und Stahlindustrie sowie



Feuer und Flamme

Um Feuer sicher und möglichst klimafreundlich nutzen zu können – dafür bauen wir Schornsteine für die Industrie, für Fernheizwerke oder für kleinere Blockheizkraftwerke. Industriehöfen oder Müllverbrennungsanlagen erhalten von uns eine feuerfeste Auskleidung. Gefragt sind Fertigkeiten eines Maurers ebenso wie die eines Beton- und Stahlbetonbauers. Ganz schön vielseitig und verantwortungsvoll.

der petrochemischen, Glas-, Baustoff- und chemischen Industrie wie auch die feuerfeste Auskleidung von Kraftwerkskesseln und Müllverbrennungsanlagen. Viele unserer Mitgliedsbetriebe sind weltweit gefragte Spezialisten. Aber auch im Hausschornsteinbau sind unsere Mitgliedsbetriebe gefragte Fachunternehmen für die

Erstellung und Sanierung von Kaminen, Kaminköpfen und Hausschornsteinen.

Die überwiegend privaten Kunden erhalten zudem eine umfassende Beratung über den für ihre Bedürfnisse erforderlichen Schornstein nach neuesten ökologischen Anforderungen.

DATEN UND FAKTEN



VORSTAND

Ehrenpräsident	Dipl.-Ing. Fritz Eichbauer	Fritz Eichbauer Bauunternehmung Postfach 800549 81605 München	Telefon 089 993-116 Telefax 089 993-11899 postmaster@eichbauer.com
Präsident	Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein	Erich-Kästner-Straße 11 63303 Dreieich	Telefon 06103 63312 Telefax 06103 697153 hhlwst@t-online.de
Vizepräsidenten	Dipl.-Kfm. Frank Dupré	C. Dupré Bau GmbH & Co. KG Franz-Kirrmeier-Straße 17 67346 Speyer	Telefon 06232 71061 Telefax 06232 71066 wb@cdupre.de
	Maurermeister Rüdiger Otto	A. Otto & Sohn GmbH Stixchesstraße 184 51377 Leverkusen	Telefon 0214 8750-0 Telefax 0214 8750-20 info@ottobau.de
	Dipl.-Ing. Franz Xaver Peteranderl	F. X. Peteranderl GmbH Schleißheimer Straße 84 85748 Garching	Telefon 089 3202003 Telefax 089 3207517 info@peteranderl-bau.de
Schatzmeister	Maurermeister Rüdiger Otto	A. Otto & Sohn GmbH Stixchesstraße 184 51377 Leverkusen	Telefon 0214 8750-0 Telefax 0214 8750-20 info@ottobau.de
Mitglieder	Zimmermeister Peter Aicher	Aicher Holzhaus Holzham 2 83128 Halfing	Telefon 08055 90510 Telefax 08055 9051-51 peter.aicher@ aicher-holzhaus.de
	Dipl.-Ing. Karlgünter Eggersmann	Fechtelkord & Eggersmann GmbH Max-Planck-Straße 15 33428 Marienfeld	Telefon 05247 9808-0 Telefax 05247 9808-40 k.eggersmann@f-e.de
	Stuckateurmeister Rainer König	König GmbH Dobeltal 38 76332 Bad Herrenalb	Telefon 07083 922000 Telefax 07083 922001 buero@stuckateur-koenig.de

	Fliesenlegermeister Karl-Hans Körner	Karl Körner GmbH Postfach 102755 70023 Stuttgart	Telefon 0711 22814-0 Telefax 0711 22814-50 info@karl-koerner.de
	Dipl.-Ing. Rainer Lorenz	Lorenz Bauunternehmen GmbH Bogenstraße 12 30165 Hannover	Telefon 0511 93932-0 Telefax 0511 9359291 rainer.lorenz@lo-bau.de
	Dipl.-Ing. Uwe Nostitz	Nostitz & Partner Bauunternehmung GmbH Gewerbepark 9 02692 Großpostwitz	Telefon 03591 35197-0 Telefax 03591 35197-9 info@nostiz-bau.de
	Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.- Ing. (FH) Tobias Riffel	Riffel Bau & Fertigteile GmbH Baumgartenstraße 7 89561 Dischingen	Telefon 07327 9600-0 Telefax 07327 9600-70 t.riffel@riffel.de
	Dipl.-Ing. Thomas Sander	Heinz Sander-Bau-GmbH Bei der Neuen Münze 11a 22145 Hamburg	Telefon 040 210072-0 Telefax 040 210072-18 sander.bau@t-online.de
	Dipl.-Ing. Hans-Georg Stutz	Stutz GmbH Tief- und Straßenbau Kemmeröder Straße 2 36275 Kirchheim	Telefon 06628 9210-0 Telefax 06628 9210-90 hgstutz@stutz-bau.de
Kooptierte Mitglieder	Dipl.-Wirt.-Ing. Christian Frölich	Baugeschäft August Frölich GmbH Friedensstraße 21 37124 Rosdorf	Telefon 0551 78444 Telefax 0551 782935 info@ baugeschaeft-froelich.de
	Dipl.-Ing. Laura Lammel	Lammel Bau GmbH & Co. KG Haderunstraße 4 81375 München	Telefon 089 896088-22 Telefax 089 896088-60 l.lammel@lammel-bau.de
Rechnungsprüfer	Dipl.-Ing. Hilmar Klein	Bruno Klein GmbH & Co. KG Kölner Straße 38 54584 Jünkerath	Telefon 06597 9296-0 Telefax 06597 9296-99 h.klein@bau-klein.de
	Dipl.-Ing. Helmut Oehler	Ingenieurbüro für Straßen- und Tiefbau Wüstenhöferstraße 149 45355 Essen	Telefon 0201 86728-14 Telefax 0201 86728-20 oehler-essen@arcor.de
Stv. Rechnungsprüfer	Dipl.-Ing. (FH) Anton Aumer	Anton Aumer Bau GmbH Brunnhofstraße 7 93426 Roding- Obertrübenbach	Telefon 09461 9407-0 Telefax 09461 9407-20 info@aumerbau.com



ZENTRALVERBAND
DEUTSCHES
BAUWERBE ZDB

HAUPTGESCHÄFTSSTELLE

Kronenstraße 55-58
10117 Berlin
Postfach 080352
10003 Berlin

Telefon 030 20314-0
Telefax 030 20314-419
bau@zdb.de
www.zdb.de

Hauptgeschäftsführung	RA F. Pakleppa (-405), Hauptgeschäftsführer
Unternehmensentwicklung	Dipl.-Ing. M. Heide (-555), Geschäftsführer Dr.-Ing. D. Behling (-557) AdB Dipl.-Ing. R. Domscheid (-523) Dipl.-Ing. S. Geruschka (-553) Dipl.-Ing. (FH) R. Glauner (-538) Dipl.-Ing. R. Kabelitz-Ciré (-536) Dipl.-Ing. D. Kuhlenkamp (-540) Dipl.-Ing. D. Ostendorf (-551) Dipl.-Ing. Arch. K. Stollberg (-548) Dipl.-Wirtsch.-Ing. R. Voos (-547)
Sozial- und Tarifpolitik	RA H. Schröer (-504), Stv. Hauptgeschäftsführer RAin K. Kandaouroff (-502) Dr. C. Vater (-514) RA J. Wohlfeil (-509)
Wirtschaft	Dr. A. Geyer (-456), Hauptabteilungsleiter Dipl.-Kffr. R. Maruska (-404)
Recht	RA Dr. Ph. Mesenburg (-436), Hauptabteilungsleiter RAin D. Salmen (-440) RAin B. Rosset (-438)
Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit	Dr. I. K. Klein (-409), Abteilungsleiterin Dipl.-Kffr. C. Hollube (-449) Dipl.-Inf. (FH) J. Becker (-411)
Rechnungswesen/Personal	C. Arndt (-451), Abteilungsleiter
Ausschüsse	
Wirtschafts- und Rechtspolitik	Maurermeister R. Otto, Vorsitzender Dr. A. Geyer, Geschäftsführer
Sozial- und Tarifpolitik	Dipl.-Kfm. F. Dupré, Vorsitzender RA H. Schröer, Geschäftsführer
Berufsbildung	Stuckateurmeister K.-D. Fromm, Vorsitzender Dr. C. Vater, Geschäftsführerin
Betriebswirtschaft	Dipl.-Ing. R. Scharmann, Vorsitzender Dr. A. Geyer, Geschäftsführer
Baumaschinen und Geräte	Dipl.-Ing. (FH) H. Stiglocher, Vorsitzender AdB Dipl.-Ing. R. Domscheid, Geschäftsführer
Umwelt, Technik und Unternehmensentwicklung	Dipl.-Ing. F. X. Peteranderl, Vorsitzender Dipl.-Ing. M. Heide, Geschäftsführer
Auslandsbau	Dipl.-Ing. U. Klein, Vorsitzender N.N., Geschäftsführer

Bundesfachgruppen

Fachbereich Hochbau	Dipl.-Ing. Th. Sander, Vorsitzender Dipl.-Ing. D. Ostendorf, Geschäftsführer
Feuerungs-, Schornstein- und Industrieofenbau	Dipl.-Ing. W. Schweida, Vorsitzender RA J. Wohlfeil, Geschäftsführer
Hochbau	Dipl.-Ing. Th. Sander, Vorsitzender Dipl.-Ing. D. Ostendorf, Geschäftsführer
Holzbau und Ausbau	Zimmermeister P. Aicher, Vorsitzender Dipl.-Ing. R. Kabelitz-Ciré, Geschäftsführer
Fachbereich Ausbau	Stuckateurmeister R. König, Vorsitzender Dipl.-Wirtsch.-Ing. R. Voos, Geschäftsführer
Betonwerkstein, Fertigteile, Terrazzo und Naturstein	Dipl.-Ing. (FH) A. Teich, Vorsitzender AdB Dipl.-Ing. R. Domscheid, Geschäftsführer
Estrich und Belag	Dipl.-Ing. S. Thanner, Vorsitzender Dipl.-Ing. M. Heide, Geschäftsführer
Fliesen- und Plattenverlegewerbe	Fliesenlegermeister K.-H. Körner, Vorsitzender Dipl.-Wirtsch.-Ing. R. Voos, Geschäftsführer
Holzbau und Ausbau	Zimmermeister P. Aicher, Vorsitzender Dipl.-Ing. R. Kabelitz-Ciré, Geschäftsführer
Stuck - Putz - Trockenbau	Stuckateurmeister R. König, Vorsitzender Dipl.-Wirtsch.-Ing. R. Voos, Geschäftsführer
Wärme-, Kälte-, Schall- und Brandschutz	Isoliermeister P. Baum, Vorsitzender AdB Dipl.-Ing. R. Domscheid, Geschäftsführer
Fachbereich Verkehrswegebau	Dipl.-Ing. F. Keren, Vorsitzender Dipl.-Ing. M. Heide, Geschäftsführer (komm.)
Straßen- und Tiefbau	Dipl.-Ing. F. Keren, Vorsitzender Dipl.-Ing. S. Geruschka, Geschäftsführer
Brunnenbau, Spezialtiefbau und Geotechnik	Dipl.-Ing. (FH) W. Engelmann, Vorsitzender Dipl.-Ing. S. Geruschka, Geschäftsführer

Weitere Organe

Gesellschaft zur Förderung des Deutschen Baugewerbes	RA F. Pakleppa, Geschäftsführer C. Arndt, Geschäftsführer
Vereinigung Junger Bauunternehmer	Dipl.-Ing. Ch. Frölich, Vorsitzender Dr. I. K. Klein, Geschäftsführerin
Informationsstelle für Unternehmensführung im Handwerk	AdB Dipl.-Ing. R. Domscheid (-523) Dipl.-Ing. S. Geruschka (-553) Dr. A. Geyer (-456) Dipl.-Kffr. R. Maruska (-404) RAin B. Rosset (-438) Dipl.-Wirtsch.-Ing. R. Voos (-547)
Bundesvereinigung Bauwirtschaft	RA F. Pakleppa, Geschäftsführer

MITGLIEDSVERBÄNDE

Baden- Württemberg	Bauwirtschaft Baden-Württemberg e. V.	Präsident Dipl.-Ing. (FH) Bernd Sängler	Hauptgeschäftsführer RA Dieter Diener
	Holzbau Baden e. V.	Präsident Dipl.-Ing. (FH) Zimmermeister Rolf Kuri	Verbandsdirektorin RAin Cornelia Rupp-Hafner
	Fachverband Ausbau und Fassade Baden e. V.	Vorsitzender Stuckateurmeister Michael Bleich	Verbandsdirektorin RAin Cornelia Rupp-Hafner
	Holzbau Baden-Württemberg – Verband des Zimmerer- und Holzbaugewerbes	Präsident Zimmermeister Josef Schlosser	Hauptgeschäftsführer Dipl.-Bw. Joachim Hörrmann
	Verband Bauwirtschaft Nordbaden e. V.	Präsident Dipl.-Betriebsw. (FH) Markus Böll	Hauptgeschäftsführer RA Thomas Möller
	Fachverband der Stuckateure für Ausbau und Fassade Baden-Württemberg	Vorsitzender Stuckateurmeister Rainer König	Geschäftsführer RA Wolfram Kümmel
	Landesinnungsverband Fliesen Baden-Württemberg	Vorsitzender Fliesenlegermeister Karl-Hans Körner	Geschäftsführer RA Dieter Diener
	Fachverband Fußbodenbau Baden-Württemberg	Vorsitzender Dipl.-Ing. Rüdiger Ade	Hauptgeschäftsführer RA Michael Hafner
Bayern	Landesverband Bayerischer Bauinnungen / Verband baugewerblicher Unternehmer Bayerns e. V.	Präsident Dipl.-Ing. Franz Xaver Peteranderl	Hauptgeschäftsführer RA Andreas Demharter
	Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhand- werks / Verband der Zimmerer- und Holzbauunternehmer in Bayern e. V.	Präsident Peter Aicher	Hauptgeschäftsführer RA Alexander Habla
Brandenburg/ Berlin	Landesverband Bauhandwerk Brandenburg und Berlin e. V.	Vorsitzender Bernd Dieske	Geschäftsführerin Edeltraud Lüderitz
	Landesinnungsverband der Fliesen-, Platten- und Mosaik- leger Brandenburg	Landesfachgruppenleiter Fliesenlegermeister Lothar Dobler	Geschäftsführerin Edeltraud Lüderitz
Bremen	Verband Baugewerblicher Unternehmer im Lande Bremen e. V.	Vorsitzender Dipl.-Ing. Thomas Steves	Geschäftsführer RA Ingo Beilmann
Hamburg	Norddeutscher Baugewerbe- verband e. V.	Vorsitzender Dipl.-Ing. Thomas Sander	Hauptgeschäftsführer RA Michael Seitz
Hessen	Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen e. V.	Vorsitzender Dipl.-Ing. Michael Keller- mann	Hauptgeschäftsführer RA Rainer von Borstel
	Holzbau Deutschland – Verband Hessischer Zimmer- meister e. V.	Vorsitzender Zimmermeister Walter Maiß	Geschäftsführer Dipl.-Ing. Helmhard Neuenhagen

Hohenzollernstraße 25 70178 Stuttgart	Telefon 0711 64853-0 Telefax 0711 64853-49	stuttgart@bauwirtschaft-bw.de www.bauwirtschaft-bw.de
Holbeinstraße 16 79100 Freiburg	Telefon 0761 70302-0 Telefax 0761 70302-30	info@holzbau-baden.de www.holzbau-baden.de
Holbeinstraße 16 79100 Freiburg	Telefon 0761 70302-0 Telefax 0761 70302-30	info@stuckateur-baden.de www.stuckateur-baden.de
Hellmut-Hirth-Straße 7 73760 Ostfildern	Telefon 0711 23996-50 Telefax 0711 23996-60	info@holzbau-online.de www.holzbau-online.de
Bassermannstraße 40 68165 Mannheim	Telefon 0621 42301-0 Telefax 0621 42301-20	info@bau-nordbaden.de www.bau-nordbaden.de
Wollgrasweg 23 70599 Stuttgart	Telefon 0711 45123-0 Telefax 0711 45123-50	info@stuck-verband.de www.stuck-verband.de
Ressestraße 1 70599 Stuttgart	Telefon 0711 451035-30 Telefax 0711 451035-55	info@fliesen-bw.de www.fliesen-bw.de
Charlottenstraße 3 71032 Böblingen	Telefon 07031 71052-0 Telefax 07031 71052-1	info@fussbodenbau-bw.de www.fussbodenbau-bw.de
Bavariaring 31 80336 München	Telefon 089 7679-0 Telefax 089 768562	info@lbb-bayern.de www.lbb-bayern.de
Eisenacher Straße 17 80804 München	Telefon 089 36085-0 Telefax 089 36085-100	info@zimmerer-bayern.de www.zimmerer-bayern.de
Otto-Erich-Straße 11-13 14482 Potsdam	Telefon 0331 2700233 Telefax 0331 2705633	buero@lv-bbb.de www.lv-bbb.de
Otto-Erich-Straße 11-13 14482 Potsdam	Telefon 0331 6204658 Telefax 0331 2705633	buero@lv-bbb.de
Martinistraße 53-55 28195 Bremen	Telefon 0421 22280660 Telefax 0421 22280666	info@vbu-bremen.de www.vbu-bremen.de
Semperstraße 24 22303 Hamburg	Telefon 040 2263255-0 Telefax 040 2263255-33	info@bau-innung.de www.bau-innung.de/nbv
Emil-von-Behring- Straße 5 60439 Frankfurt am Main	Telefon 069 95809-0 Telefax 069 95809-233	baugewerbe@bgvht.de www.bgvht.de
Werner-Heisenberg- Straße 4 34123 Kassel	Telefon 0561 95897-13 Telefax 0561 582923	info@zimmerer-hessen.de www.zimmerer-hessen.de

Niedersachsen	Baugewerbe-Verband Niedersachsen / Verband baugewerblicher Unternehmer Niedersachsen e. V.	Präsident Dipl.-Ing. Rainer Lorenz	Hauptgeschäftsführer Dipl.-Wirt.-Geo. Matthias Wächter
Nordrhein- Westfalen	Baugewerbe-Verband Nordrhein	Präsident Maurermeister Rüdiger Otto	Hauptgeschäftsführer RA Lutz Pollmann
	Fachverband Ausbau und Fassade Nordrhein-Westfalen, Stuck – Putz – Trockenbau – Farbe	Vorsitzender Stuckateurmeister Rolfgeorg Jülich	Hauptgeschäftsführer RA Lutz Pollmann
	Straßen- und Tiefbau-Verband Nordrhein-Westfalen	Vorsitzender Dipl.-Ing. Joachim Selzer	Hauptgeschäftsführer RA Lutz Pollmann
	Zimmerer- und Holzbau- verband Nordrhein	Vorsitzender Zimmermeister Johannes Schmitz	Hauptgeschäftsführer RA Lutz Pollmann
	Baugewerbeverband Westfalen	Präsident Dipl.-Kfm. Walter Derwald	Hauptgeschäftsführer Dipl.-Ök. Hermann Schulte-Hiltrop
	Stuck-, Putz- und Trockenbau Westfalen e. V.	Vorsitzender Stuckateurmeister Karl Weber	Hauptgeschäftsführer Dipl.-Ök. Hermann Schulte-Hiltrop
Rheinland-Pfalz	Baugewerbeverband Rheinland-Pfalz e. V.	Präsident Dipl.-Kfm. Frank Dupré	Hauptgeschäftsführer RA Dr. Harald Weber
	Landesverband Bauindustrie Rheinland-Pfalz e. V.	Vorsitzender Dipl.-Ing. Karl-Wilhelm Faber	Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Martin Dossmann
Saarland	Arbeitgeberverband der Bau- wirtschaft des Saarlandes	Präsident Dipl.-Ing. Hans-Ludwig Bernardi	Hauptgeschäftsführer RA Claus Weyers
Sachsen	Landesverband Sächsischer Bauinnungen – Sächsischer Baugewerbeverband e. V.	Präsident Bauing. Andreas Baumann	Hauptgeschäftsführer RA Klaus Bertram
	Landesinnungsverband des Sächsischen Straßenbau- gewerbes	Präsident Dipl.-Ing. (FH) Hans-Peter Zschoch	Geschäftsführer RA Steffen Hinz
Sachsen-Anhalt	Baugewerbe-Verband Sachsen-Anhalt	Präsident Dipl.-Ing (FH) Gerhard von Dehn Rotfelser	Hauptgeschäftsführer RA Giso Töpfer
Schleswig- Holstein	Baugewerbeverband Schleswig-Holstein	Vorsitzender Dipl.-Ing. Thorsten Freiberg	Hauptgeschäftsführer RA Georg Schareck
Thüringen	Verband baugewerblicher Unternehmer Thüringen e. V.	Amtierender Präsident Dipl.-Ing. Andreas Kley	Geschäftsführer RA Dr. Burkhard Siebert
	Landesinnung des Fliesenleger- handwerks Thüringen	Landesinnungsmeister Fliesenlegermeister Bernd Lengert	Geschäftsführer Kay Goßmann
	Landesinnungsverband für das Zimmerer- und Holzbaubau- handwerk Thüringen	Landesinnungsoberrmeister Klaus-Hubert Heinemann	Geschäftsführer Uwe Lübbert
Überregional	Deutscher Auslandsbau- Verband e. V.	Vorsitzender Dipl.-Betriebsw. Ingo Reifgerste	Geschäftsführer Dipl.-Ing. Dipl.-Kfm. Heinz G. Rittmann
	Deutscher Holz- und Bautenschutzverband e. V.	Präsident Dipl.-Ing. (FH) Gero Hebeisen	Bundesgeschäftsführer Dr. Friedrich W. Remes

Baumschulenallee 12 30625 Hannover	Telefon 0511 95757-0 Telefax 0511 95757-40	kontakt@bvn.de www.bvn.de
Graf-Recke-Straße 43 40239 Düsseldorf	Telefon 0211 91429-0 Telefax 0211 91429-31	info@bgv-nrw.de www.bgv-nrw.de
Graf-Recke-Straße 43 40239 Düsseldorf	Telefon 0211 91429-0 Telefax 0211 91429-31	info@bgv-nrw.de www.bgv-nrw.de
Graf-Recke-Straße 43 40239 Düsseldorf	Telefon 0211 91429-0 Telefax 0211 91429-31	info@bgv-nrw.de www.bgv-nrw.de
Graf-Recke-Straße 43 40239 Düsseldorf	Telefon 0211 91429-0 Telefax 0211 91429-31	info@bgv-nrw.de www.bgv-nrw.de
Westfalendamm 229 44141 Dortmund	Telefon 0231 941158-0 Telefax 0231 941158-40	info@bauverbaende.de www.bauverbaende.de
Westfalendamm 229 44141 Dortmund	Telefon 0231 941158-0 Telefax 0231 941158-40	info@bauverbaende.de www.bauverbaende.de
Max-Hufschmidt-Straße 11 55130 Mainz	Telefon 06131 98349-0 Telefax 06131 98349-49	bgv@bgvmz.de www.bgv-rheinland-pfalz.de
Am Linsenberg 16 55131 Mainz	Telefon 06131 2617-0 Telefax 06131 2617-23	mainz@bauindustrie-rlp.de www.bauindustrie-rlp.de
Kohlweg 18 66123 Saarbrücken	Telefon 0681 38925-0 Telefax 0681 38925-20	agv@bau-saar.de www.bau-saar.de
Neuländer Straße 29 01129 Dresden	Telefon 0351 21196-0 Telefax 0351 21196-17	info@sbv-sachsen.de www.sbv-sachsen.de
Turnerweg 6 01097 Dresden	Telefon 0351 56349170 Telefax 0351 56349172	liv-strassenbau@t-online.de www.liv-strassenbau-sachsen.de
Lorenzweg 56 39128 Magdeburg	Telefon 0391 5322-180 Telefax 0391 5322-189	info@bgv-vdz.de www.bgv-vdz.de
Hopfenstraße 2e 24114 Kiel	Telefon 0431 53547-0 Telefax 0431 53547-77	info@bau-sh.de www.bau-sh.de
Blosenburgstraße 4 99096 Erfurt	Telefon 0361 60056-0 Telefax 0361 60056-10	haase@bauindustrie-mitte.de www.tbgv.de
Stiller Gasse 2 98574 Schmalkalden	Telefon 03683 62117 Telefax 03683 62118	khs.schmalkalden-meiningen@t-online.de
Grietgasse 22 07743 Jena	Telefon 03641 442848 Telefax 03641 442851	info@khs.jetzweb.de
Graf-Recke-Straße 43 40239 Düsseldorf	Telefon 0211 91429-14 Telefax 0211 91429-31	info@auslandsbau-verband.com www.auslandsbau-verband.com
Hans-Willy-Mertens- Straße 2 50858 Köln	Telefon 02234 48455 Telefax 02234 49314	info@dhbv.de www.dhbv.de

EHRENRING

TRÄGER DES EHRENRINGS DES DEUTSCHEN BAUGEWERBES

1. Baumeister **Carlos Blaschke** †, Hamburg
2. Baumeister **Peter Roos** †, Düsseldorf
3. Stukkateurmeister **Josef Späth** †, Gräfelfing b. München
4. Bau- und Zimmermeister **Karl Brill** †, Kassel
5. Baumeister **Wilhelm Rischmüller** †, Hannover
6. Präsident Diplom-Ingenieur **Ernst Liebergesell** †, München, Präsident 1951–1968
7. Baumeister **Alois Geiger** †, Kaiserslautern
8. Hauptgeschäftsführer i. R. **Dr. Hans Honigmann** †, Aachen
9. Verbandsdirektor i. R. **Dr. Erwin Gerland** †, Kassel

10. Bau-Ingenieur **Albert Baum** †, Düsseldorf
11. Präsident Diplom-Ingenieur **August Hackert** †, Bochum, Präsident 1968–1978
12. Straßenbauermeister **Hans Harms** †, Hamburg
13. Baumeister **Eduard Barghusen** †, Hamburg
14. Stv. Hauptgeschäftsführer i. R. **Dr. Wilhelm Klein** †, Bonn
15. Hauptgeschäftsführer **Dr. Otto Ettwein** †, Baden-Baden
16. Maurermeister **Robert Sieber** †, Mannheim
17. Baumeister **H. Thölken** †, Bremen
18. Baumeister **Ferdinand Becker** †, Altenkirchen/Westerwald
19. Zimmermeister **Heinz Philippen** †, Düsseldorf

20. Baumeister **Wilhelm Schäfer** †, Freiburg
21. Bauunternehmer **Kurt Lombard** †, Frankfurt a.M.
22. Stukkateurmeister **Wilhelm Flad** †, Freiburg
23. Verbandsdirektor i. R. **Dr.-Ingenieur Karl Plümecke** †, Wiesbaden
24. Hauptgeschäftsführer i. R. Diplom-Kaufmann **Wilhelm Brüggemann** †, Kiel
25. Hauptgeschäftsführer i. R. Diplom-Volkswirt **Dr. Hans Preute** †, Essen
26. Hauptgeschäftsführer Diplom-Volkswirt **Dr. Erich Rocholl** †, Hannover
27. Hauptgeschäftsführer i. R. **Dr. Karl Zeiger** †, Hamburg
28. Stv. Hauptgeschäftsführer i. R. Diplom-Kaufmann **Dr. Erich Peltz** †, Düsseldorf
29. Geschäftsführer i. R. Diplom-Volkswirt **Ludwig Rebholz** †, Mannheim

30. Diplom-Ingenieur **Friedrich Wieland** †, Singen
31. Straßenbauermeister **Gustav Ziegenhagen** †, Berlin
32. Stv. Hauptgeschäftsführer i. R. **Dr. Rudolf von der Blumensaat** †, Hamburg
33. Bau-Ingenieur **Georg Burghard** †, Kassel
34. Isoliermeister **Hans Röckelein** †, München
35. Diplom-Ingenieur **Walter Schäfer** †, Stuttgart
36. Diplom-Ingenieur **Otto H. Vogel** †, Mannheim
37. Hauptgeschäftsführer i. R. **Dr. Horst Petermann** †, Frankfurt a.M.
38. Ehrenvorstandsmitglied Bau-Ingenieur **Hans Langemann**, Köln, Vizepräsident
39. Bau-Ingenieur **Eduard Kähding** †, Kiel

40. Bau-Ingenieur **Hermann Borchard** †, Münster
41. Estrichlegermeister **Helmut Knöller** †, Nürnberg
42. Fliesenlegermeister **Karl Körner** †, Stuttgart
43. Straßenbauermeister **Erich Gelhausen** †, Kierspe
44. Bauunternehmer **Hans Bunk** †, Bad Homburg
45. Ingenieur **Heinrich Stade** †, Heide/Holstein
46. Verbandsdirektor i. R. **Karl Weber** †, Kaiserslautern
47. Diplom-Ingenieur **Hans Papenhoff** †, Bochum
48. Diplom-Ingenieur Architekt **Bruno Musolff**, Offenbach
49. Minister a. D. Zimmermeister **Karl Möller** †, Quakenbrück

50. Verbandsdirektor i. R. **Dr. Karl-Heinz Kleine**, Castrop-Rauxel
51. Bau-Ingenieur **Richard Wurbs**, Kassel
52. Geschäftsführer i. R. **Carl Brocksiepe**, Bonn
53. Zimmermeister **Donat Müller †**, Augsburg
54. Geschäftsführer i. R. **Friedhelm Bohn †**, Rheinbreitbach
55. Hauptgeschäftsführer i. R. Rechtsanwalt **Wolfgang Barke †**, Bonn
56. Diplom-Volkswirt **Franz Schmieder †**, Ilvesheim, Vizepräsident 1980–1993
57. Hauptgeschäftsführer i. R. **Dr.-Ingenieur Jörg Holzinger**, Bonn
58. Ehrenvorstandsmitglied Isoliermeister **Heinz Gass**, Freiburg
59. Betonstein und Terrazzoherstellermeister **Martin Ihle †**, Murrhardt

60. Bau-Ingenieur **Rolf Jacobs**, Düsseldorf
61. Ehrenpräsident Diplom-Ingenieur **Fritz Eichbauer**, München, Präsident 1978–2000
62. Maurermeister **Klaus Ewig †**, Hildesheim
63. Steinholzlegermeister **Alfred Chini †**, Freudenstadt
64. Baumeister **Walter Derwald †**, Dortmund
65. Bauunternehmer **Günter Schirmer**, Oberhausen
66. Diplom-Ingenieur **Klaus Hochheim †**, Wuppertal, Vizepräsident 1986–1994
67. Hauptgeschäftsführer i. R. Rechtsanwalt **Prof. Ludwig Glatzel †**, Frankfurt a.M.
68. Verbandsdirektor i. R. Rechtsanwalt **Dr. Dieter Rummler**, Merzhausen
69. Stuckateurmeister **Georg Kopp †**, Nürnberg

70. Bau-Ingenieur **Rolf Hubert †**, Nürnberg
71. Hauptgeschäftsführer i. R. Diplom-Volkswirt **Klaus Schmidt**, Hannover
72. Hauptgeschäftsführer i. R. **Dr. Klaus Krämer**, Hamburg
73. Hauptgeschäftsführer i. R. Rechtsanwalt **Christian Holstein**, Kiel
74. Zimmermeister **Günter Kuhs †**, Freiburg
75. Diplom-Ingenieur **Heinz Freudenberg †**, Hamburg
76. Diplom-Ingenieur **Dieter Brauckmann**, Gladbeck
77. Hauptgeschäftsführer i. R. Rechtsanwalt **Dr. Nils Kleine-Möller**, München
78. Baumeister Diplom-Ingenieur **Dieter Horchler**, Hamburg
79. Diplom-Ingenieur Diplom-Volkswirt **Laurenz Börgel**, Ibbenbüren

80. Diplom-Ingenieur **Werner Kahl †**, Hamburg, Vizepräsident 2000–2004
81. Baumeister **Hubert Schlun**, Gangelst
82. Diplom-Ingenieur **Hans-Ulrich Greimel**, Herrsching, Vizepräsident 1994–1995
83. Hauptgeschäftsführer i. R. Rechtsanwalt **Dr. Olaf Hofmann**, München
84. Ehrenvorstandsmitglied Diplom-Ingenieur **Arndt Frauenrath †**, Heinsberg, Präsident 2000–2006
85. Diplom-Kaufmann **Peter Huber**, Heidelberg, Vizepräsident 1996–1999
86. **Heinz Heiler**, Waghäusel, Vizepräsident 2004–2006
87. Diplom-Ingenieur **Heinrich Cordes**, Rotenburg
88. Diplom-Ingenieur (FH) **Helmut Hubert**, Nürnberg
89. Zimmermeister **Georg König**, Erlangen

90. Hauptgeschäftsführer i. R. **Prof. Dr. Karl Robl**, Wipperfürth
91. Dipl.-Ing. (FH) **Wolfgang Paul**, Weissach im Tal
92. Fliesenlegermeister **Hans-Josef Aretz**, Geilenkirchen
93. Dipl.-Math. Stuckateurmeister **Jürgen G. Hilger**, Köln

PUBLIKATIONEN

Periodika

Geschäftsbericht	erscheint jährlich
Baumarkt	erscheint jährlich
ZDB Direkt	erscheint 6-mal jährlich

ZDB-Infos Recht

Verbraucherbauverträge Änderungen ab Juni 2014	Mai 2014
Steuerliches Reisekostenrecht 2014	Februar 2014
Leitlinien zum Kartellrecht	Dezember 2012
VOB 2012	September 2012
Verbraucherbauverträge ZDB – Haus&Grund	Januar 2012
Leitfaden Arbeitnehmerfreizügigkeit	April 2011
Handwerkerrechnungen absetzen – Steuern sparen	Januar 2011
Leitfaden Hauptunternehmerhaftung in der Bauwirtschaft	April 2010
Leitfaden Bauforderungssicherungsgesetz	September 2009
Modernisierung des Vergaberechts	September 2008

ZDB-Infos Technik

Energieeinsparverordnung EnEV	Mai 2014
Praxistipps für die Ausführung von Mauerwerk	September 2013
Treppenkompass	Januar 2013
Barrierefrei(es) Bauen und Wohnen	August 2012
Merkblattsammlung Hochbau	März 2010
Toleranzen im Hochbau nach DIN 18202	August 2007

Weitere Schriften

Kreislaufwirtschaft Bau	April 2015
Mobilität sichern	November 2014
Bauen heute – Quo vadis Baukosten	August 2014
Qualität kommt von Qualifikation	Mai 2014
Politische Forderungen zur Europawahl	April 2014
Fachkräftesicherung	März 2014
Großprojekte = Große Probleme?	November 2013
Aufstiegsfortbildung in der Bauwirtschaft	Oktober 2012
Ermittlung lohnbasierter Kalkulationsansätze im Baugewerbe	August 2012
Schwarzbuch Bau	April 2012
Saison-Kurzarbeitergeld und ergänzende Leistungen für das Baugewerbe	November 2011
Krisenfrüherkennung	April 2011



www.zdb.de